Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **5 (1976)**

Heft 1

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

A.Z. 8001 Zürich Rämistr. 66

5. Jahrgang Nr. 1
25. Januar 1976
Kiosk Fr. 1.50

das konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 38 500

Redaktion: Konrad Fisler, Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber

Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 75 30

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00

Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.– (Ausl. 20.–) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Verwaltungsräte im Bundeshaus
Mehr Kapital als Sachverstand *Seite 2*

Hundedressur
Scharfmacher in Aktion *Seite 3*

Schweizer Film
Die Filmcooperative als neue Form von Produktion und Verleih *Seite 3*

Berufsverbot
Keine Lehrerstellen für Dienstverweigerer? *Seite 4*

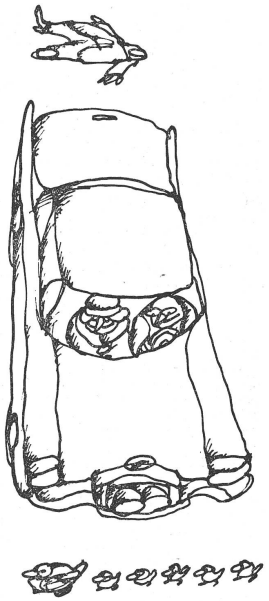
Neu: das Arbeits-Los-Spiel
Ein alternatives Gesellschaftsspiel *Seite 5*

Neubeginn in Spanien
Möglichkeiten einer demokratischen Öffnung *Seite 7*

Sagen Sie «Ja zum Leben»?
Weiterlesen auf *Seite 7*

Von der Schwierigkeit, Fussgänger zu sein

Das Gesetz der Stärkeren auf der Strasse



Fussgänger haben es schwer und immer schwerer. Jahr für Jahr müssen sie hinnehmen, dass ihr Verkehrsraum noch mehr eingeengt, ihr Vorankommen noch mehr behindert wird. Daran ändern auch die paar Fussgängerzonen nichts, die in wichtigen Geschäftsstrassen verschiedener Städte die Umsätze heben helfen.

Der Tag ist noch immer fern, an dem den Fussgängern mehr gegeben als genommen wird: Denn dauernd werden Trottoire zugunsten von Fahrbahnen und Parkplätzen verschmälert, werden unbequeme und unangenehme Unterführungen errichtet. Trottoirparkierer, welche oft genug Fussgänger zu gefährlichen Ausweichmanövern zwingen, riskieren kaum etwas, während Parkzeitübermarcher, solche also, die einem andern Automobilisten den gesuchten Parkplatz vorenthalten, systematisch geahndet werden. Wird irgendwo gebaut oder gegraben, so ist wiederum der Fussgänger der erste, dem ein Umweg zugemutet wird. Und nicht zuletzt fallen die allerorts wuchernden Lichtsignalanlagen ins Gewicht, die das gesetzliche Vortrittsrecht des Fussgängers wieder aufheben.

Wie sieht es aber mit diesem Vortrittsrecht am Zebrastreifen tatsächlich aus? Wird es von den Automobilisten respektiert, oder ist es ein Freipass für die Unfallstation?

Die Zürcher Stadtpolizei hat während vier Tagen das Verhalten der Autolenker vor Fussgängerstreifen getestet. An einer dicht befahrenen Einfallstrasse im City-Randbereich hat ein Testfussgänger fünf verschiedene Verhaltensweisen an je etwa 350 Fahrzeugen erprobt. Das Ergebnis ist niederschmetternd.

Im ersten Versuch blieb der Fussgänger am Strassenrand stehen und wandte den Blick den herannahenden Automobilisten zu. Damit stand er sich die Beine in den Bauch, denn kein einziges Fahrzeug hielt an. Danach folgte ein Versuch mit ausgestreckter Hand, aber Blickrichtung geradeaus. Erfolgsquote wiederum gleich Null. Beim dritten Versuch blickte die Testperson den Daherbrausenden entgegen und setzte einen Fuss auf die Fahrbahn – eine an sich eindeutige Situation. Zwar fuhr niemand dem armen Kerl über die Zehen, aber das war auch gerade alles.

Erst beim vierten Verhaltenstest – der Fussgänger hatte am Trottoirrand ein Handzeichen gegeben und mit dem Automobilisten Blickkontakt gesucht – hielten 20% der Lenker an. Ganze 31% gewährten den Vortritt, als die Testperson zusätzlich noch einen Fuss auf die Fahrbahn setzte.

Es mag sein, dass die Prozentsätze anderswo in der Schweiz etwas besser wären. Die Zürcher Automobilisten werden zu den aggressivsten und brutalsten gezählt. Das erscheint gar nicht übertrieben, wenn man etwa aus den Beobachtungen und anschliessenden Befragungen der Zürcher Stadtpolizei entnimmt, dass im Versuch drei – Fuss auf der Fahrbahn und Blick geradeaus – die Autofahrer den Eindruck haben, der Fussgänger wolle «auf die Strasse hinauslaufen», und dann, statt zu bremsen, Gas geben, um möglichst rasch an der kritischen Stelle vorbeizukommen.

Dergestalt wird der Fussgänger nicht nur zum Bettler um Gunst und Gnade der Automobilisten degradiert, sondern gleich noch zum Pingpongball zwischen Kühlerhauben. Die Gefahren solchen Daseins sind nicht zu unterschätzen, stellen doch die Fussgänger innerorts ziemlich genau 50% der Verkehrstoten. 383 Fussgänger sind im letzten Jahr von der Fahrbahn nicht mehr aufgestanden. Das ist mehr als einer pro Tag. Dazu kommt die Legion der Verletzten, zum Teil mit Dauerschäden. – Wird vielleicht darum nicht mehr zum Schutz der Fussgänger getan, weil 54% der verunfallten Fussgänger ohnehin über 60 Jahre alt sind?

Vor einem halben Jahr hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement abgelehnt, der Stadt Zürich einen zweijährigen Versuch mit Höchstgeschwindigkeit 50 km/h innerorts zu bewilligen. Dies obschon statistisch erwiesen ist, dass die Senkung der Höchstgeschwindigkeit auch die Zahl der Toten und Verletzten herabsetzt.

Der Schriftsteller Adolf Muschg hat sich jüngst im Ständeratswahlkampf zu einer Reduktion der Tempolimiten bekannt, aber gleichzeitig betont, dass im Grunde jede Geschwindigkeit zu hoch sei, wenn auch nur ein einziger Toter in Kauf genommen werde. Auf den Strassen der Schweiz werden pro Jahr insgesamt 1360 Tote und 31 720 Verletzte in Kauf genommen (Zahlen 1974).

Beat Schweingruber

Emil Rahm, Herr über Rimuss und Memopress

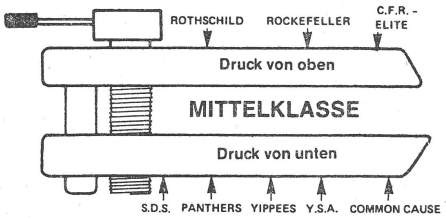
Der Winkelried von Hallau

Aus Hallau kommt nicht nur der Hallauer Wein, sondern das 2000-Seelen-Dorf ist auch die Hochburg des publizistischen Tausendsassas Emil Rahm. Mit einer Unzahl von Leserbriefen in der gesamten bürgerlichen Deutschschweizer Presse, einem Artikeldienst, redaktionellen Beiträgen in den «Schaffhauser Nachrichten» sowie mit der vierteljährlichen «Memopress» verbreitet Rahm ideologische Mittelstandskost.

«Zu jedem Fest, jeder Party gehört heute mehr denn je auch etwas Feines ohne Alkohol.» So wirbt die Rimuss-Kellerei Rahm, Hallau, für ihre Produkte. «Rimuss-Asti» und «Rimuss-Party» erfreuen sich grosser Beliebtheit und sind dem Schweizer Inbegriff für gepflegte Festlichkeit. Kaum bekannt hingegen ist, dass das gute Geschäft mit dem Kinderchampagner dem Geschäfts- und Verkaufschef des Familienunternehmens eine ausgebaute Agitationstätigkeit von rechts aussen ermöglicht.

Die alte Weinbauern und -händlerfamilie Rahm entdeckte 1954 *die* Marktlücke. Sie kreierte zur aufkommenden Fresswelle das passende Wohlstandsgetränk, importierte nämlich billigen Traubensaft, imprägnierte diesen mit spottbilligen sechs Gramm Kohlensäure und verkaufte das Ganze mit hohem Gewinn als *«Edeltraubensaft»*, der *«festlich moussiert»*. Seither rühmt sich die Rimuss-Kellerei steigender Umsätze, der Modernisierung und Expansion. Als neue, zusätzliche Einnahmequelle vertreibt sie hierzulande die Modegetränke Lambrusco und Südtiroler aus dem Weinschwemmeland Italien mit grosszügiger Gewinnmarge.

Die sicheren Profite aus dem gutgehenden Unternehmen erlauben dem 42jährigen Emil Rahm, seine Zeit *«bei interessanter Lektüre»* zu verbringen, *«die ihn zu engagiertem Freizeitjournalismus im gesellschaftspolitischen Bereich anspornt»*, wie er seine publizistische Tätigkeit verharmlosend in einer Jubiläumszeitschrift seiner eigenen Firma bezeichnen lässt.



Mit diesem (Trauben-)Pressmodell illustriert der Weinhändler Rahm die «Bedrohung des schweizerischen Mittelstandes» . . .

Die missbrauchten Leserbriefe

Nicht nur dem Wein- und Traubensaftkenner, sondern auch dem aufmerksamen Zeitungsleser ist *«Emil Rahm, Unternehmer, Hallau»* ein Begriff. Überall in den Leserbriefspalten bürgerlicher Zeitungen tauchen seine gleichlautenden Beiträge auf. In einem regelrechten Pressedienst verschickt Rahm seine «Leserbriefe» – und diese werden vor allem von den kleinen Landzeitungen, aber auch von den grossen Blättern («Tages-Anzeiger», «Nationalzeitung») abgedruckt. Und das, obschon sie die «Leserbriefe» als vervielfältigte Blätter erhalten. Teilweise werden die Artikel sogar als redaktionelle Beiträge abgedruckt.

Doch nicht nur selbstunterzeichnete «Leserbriefe» vertreibt Emil Rahm, sondern er heuert auch Zufallsbekanntschaften an: *«Ich habe Herrn Rahm bei einem seiner Vorträge kennengelernt. Ich habe dann einen Leserbrief unterzeichnet, den aber Rahm selbst geschrieben hat»*, erklärt einer seiner «Mitarbeiter». Offenbar hat der emsige Rahm bereits selbst gemerkt, dass seine ausserordentlich rege Tätigkeit auffallen muss, und arbeitet deshalb als Ghostwriter. Daneben sammelt Rahm aus den verschiedensten Blättern Leserzuschriften und vertreibt diese weiter – teilweise ohne Erlaubnis und Wissen ihrer Autoren. *«Ich habe mit Emil Rahm und seiner ‹Memopress› überhaupt nichts zu tun»* betont ein solcher Leserbriefschreiber.

«Wir werden Artikel, die Sie uns für die Presse zustellen, gerne durch unseren Pressedienst weiterleiten.» Auch mit solchen und ähnlichen Briefen versucht Rahm, zu Texten und sie unterzeichnenden Strohmännern zu kommen. Leserbriefe sollten ja nach dem gängigen Verständnis jedermann die Möglichkeit geben, sich spontan zur «grossen Politik» zu äussern, in den «demokratischen Meinungsbildungsprozess» einzugreifen, Missstände anzukreiden und politische Prozesse in Gang zu bringen. Indem Rahm gezielt «Publikumsstimmen» einsammelt, fremde «Leserbriefe» unautorisiert nochmals verschickt und eigene Texte von andern Leuten unterschreiben lässt, versucht er, die Leserbriefspalten umzufunktionieren und sie ihrer ursprünglichen Aufgabe zu berauben.

Regelmässig schreibt Rahm selbst für den «Wochenexpress» (Chefredaktor: FDP-Nationalrat Erwin Waldvogel), der jeden Freitag den «Schaffhauser Nachrichten» und einigen Ostschweizer Kleinstzeitungen beiliegt.

Mit 40 000 (Gratis-)Exemplaren

Die Leserbriefe Rahms und seiner Mitstreiter bilden die Grundlage für die vierteljährlich erscheinende *«Memopress»*. Mit der unwahrscheinlich hohen Auflage von 40 000 Exemplaren verschickt Rahm das Offsetblatt, meist 4 A4-Seiten stark, an einige Abonnenten (Zweijahresabonnement 2.80 Fr.). Der Hauptteil der Auflage geht laut Impressum *«als Gratiszustellung an Behörden, höhere Lehranstalten, Verbände von Lehrern, Ärzten, Offizieren, Theologen, Studenten, Parteien sowie an die in- und ausländische Presse»* (mit dem Vermerk «Abdruck frei»). Alle diese Leute erhalten die «Memopress», ohne sie je bestellt zu haben und auch ohne zu bezahlen. Rahms «engagierter Freizeitjournalismus» ist ein recht teures «Hobby», wenn man an die Redaktions-, Druck-, Versand- und Administrationskosten (für das Instandhalten einer Kartei von 40 000 Adressen) denkt.

Wie gehabt: Die Weltverschwörung

Die gleiche Adresskartei benützt Emil Rahm aber auch, um neben der «Memopress» mit Broschüren «Volksaufklärung» zu betreiben: Wussten Sie etwa, dass *«Prinz Bernhard der Niederlande mit den Rothschilds und den Kommunisten eines elitären Welt-Superstaates arbeitet? Bernhard hält jährlich geheime Treffen mit hohen US-Offiziellen, -Bankiers und -Industriellen ab, um Pläne für die Verschmelzung der USA mit der Sowjetunion zu einer Weltregierung auszuarbeiten.»* Weiter «enthüllt» die «Memopress» *«den Plan von Milliardären, eine Diktatur der Superreichen zu etablieren, verkleidet als Demokratie der Arbeiter»*. Rahm verhilft dem hier zitierten Büchlein *«Die Insider»* des Amerikaners *Gary Allen* wie auch ähnlich gelagerten Schauermärchen zu Publizität: *«Die antichristliche Revolution der Freimaurerei»*, *«Kissinger, Person, Politik, Hintermänner»*, *«Die Söhne der Finsternis – Die geplagte Weltregierung»*.

> ***Stillschweigendes Einverständnis***
>
> *Emil Rahm ist SVP-Mitglied und erwähnt diese Parteizugehörigkeit auf allen Komiteelisten und Unterschriftenbogen, die er unterstützt. Seine doch wohl auch für die Bundesratspartei SVP unannehmbare Haltung trägt ihm aber keine Schwierigkeiten in der Partei ein. Rebbau-Kollege und schaffhausischer SVP-Ständerat Graf meint gelassen: «Wir sind da ziemlich frei in der Partei.» Aber auch er meint, die «Memopress»-Spekulationen gingen «doch ein bisschen zu weit» und seien «ein Dorn» im Bild Emil Rahms. Auch auf dem schweizerischen Sekretariat der SVP in Bern distanziert man sich zwar offiziell von Rahms Haltung und betont, dass er keinerlei politische Chargen innehabe. Doch indem die SVP Rahm mit seiner Parteizugehörigkeit hausieren lässt, gibt sie zumindest ein stillschweigendes Einverständnis.*

Angstmacherei

Die sachlich völlig unhaltbaren Spekulationen dienen dazu, dem Leser das Fürchten beizubringen. Die so heraufbeschworene Angst nützt Rahm aus, um mit seinen tagespolitischen Forderungen und politischen Rezepten anzukommen.

Den Angstmechanismus zieht er immer wieder durch. So auch die Angst vor der Abstimmung über das EWG-Freihandelsabkommen. Unter dem recht unheilschwangeren Titel «Bedenket das Ende!» greift er dieses Thema auf und fährt sodann emotional weiter: Das EWG-Abkommen sei eine *«Gefahr für die Gesundheit»*, führe *«zu einer gefährlichen, rücksichtslosen Monopolgesellschaft»*; wir würden von den *«internationalen Konzernen auch politisch immer abhängiger»* und wir müssten *«unser Selbstbestimmungsrecht in wichtigen Fragen an Brüssel abtreten»*. Den Zentralpräsidenten der Nationalen Aktion, *Valentin Oehen*, der mit Rahm im *«Aktionskomitee gegen das EWG-Abkommen»* sass, führt die «Memopress» mit dem schmucken «dipl. Ing. agr.» an, verschweigt aber seine Tätigkeit in der NA. Oehen argumentiert schlagend gegen die EWG: *«In der (largen) EWG-Lebensmittelgesetzgebung sind alle Zusätze erlaubt, die nicht ausdrücklich verboten sind.»* Dass die Vorschriften der EWG strenger sind als in der Schweiz, hat doch unlängst die Affäre mit den Longo-Mai-Schafen deutlich gezeigt. Und der NA-Chef ist doch wohl eher aus nationalistisch-politischen Gründen gegen ein EWG-Abkommen als aus gesundheitspolitischen Überlegungen.

Immer wieder werden wie hier bei Oehen bewusst akademische Titel mit dem Anspruch auf wertfreie, völlig objektive Information verwendet.

Religiöse Bauernfängerei

Immer wieder begründet Freizeitjournalist Rahm politische Ansichten mit theologischen und religiösen Motiven, um so religiös denkende Menschen zu beeinflussen. Im Artikel *«Verchristlichung des Marxismus»* setzt er sich nicht, wie man es erwarten würde, mit der aktuellen Diskussion Christentum–Marxismus auseinander, sondern propagiert durch diese Hintertür einmal mehr handfeste, kleinbürgerliche Interessen – natürlich vom Standpunkt des «christlichen Unternhmers» aus.

Im Anschluss an die These von der angeblichen Unterwanderungstaktik einiger linker Theologen polemisiert er ohne Überleitung gegen die Mitbestimmungsinitiative: *«Haben auf diesem geistigen Boden nicht auch die christlich-marxistischen Mitbestimmungsideologen leichtes Spiel, ihre theologischen Stützpfeiler für eine Initiative zu verkaufen, die auf eine Bevormundung, ja Enteignung herauslaufen würde?»* Jene Theologen, die aus humanistisch-christlicher Überzeugung für die Mitbestimmung eintreten, stempelt er als *«irregeführte Utopisten»* und als für die Kommunisten *«nützliche Idioten»* ab.

Mit Eifer engagierte sich Rahm, der selbst die «Chrischona»-Sekte unterstützt, im Abstimmungskampf um die Aufhebung des Jesuiten-Ausnahmeartikels. Mit Episödchen und Halbwahrheiten, etwa, die Jesuiten seien vor 350 Jahren (!) Drahtzieher im Dreissigjährigen Krieg gewesen, macht er Stimmung gegen eine *«machstrebige, verschwindend kleine, intolerante Minderheit»* und konstruiert lächerliche «Zusammenhänge»: *«Linksextremismus finden wir besonders in jenen westlichen Ländern, welche unter dem überwiegenden Einfluss der ‹schwarzen Internationale› (Jesuiten) stehen.»*

Emil und die Detektive

Rahm arbeitet mit anderen Gruppen der militanten Rechten in der Schweiz zusammen. So vertreibt er mit der

Fortsetzung auf Seite 2

Voranzeige:

Chansons im Multipack

«das konzept» und die Studentenschaften der ETH und der Unis Bern und Zürich präsentieren vier der wichtigsten Schweizer Chansonniers:

Ernst Born
Urs Hostettler
Jürg Jegge
Martin Hauzenberger

Am **19. Februar** an der Uni **Zürich**
am **20. Februar** an der Uni **Bern**
Datum unbedingt vormerken!

Ausschneiden und in der 1. RS-Woche einsenden an: das konzept, Rämistr. 66, 8001 Zürich.

RS-Abonnement

Wer vom Februar bis Mai unter Gnägis wackeren Mannen weilt, braucht nicht auf geistige Aufrüstung zu verzichten und kann sich «das konzept» ins Militär senden lassen. Ein RS-Abonnement für die vier Nummern kostet 6 Fr., die Umleitung für bisherige Abonnenten 2.40 Fr. Zur Vereinfachung der Administration nur gegen Vorauszahlung!

(Zutreffendes ankreuzen)

☐ Ich möchte ein RS-Abonnement. Den Betrag von 6 Fr. ☐ lege ich in Briefmarken bei oder ☐ habe ihn einbezahlt auf PC 80-37626, das konzept, Zürich.

☐ Ich bin bereits Abonnent und möchte die Zeitung in die RS umgeleitet haben. Ich lege 2.40 Fr. in Briefmarken bei.

Meine Militäradresse und evtl. bisherige Abonnentenadresse (Blockschrift!):

Verwaltungsräte in der Bundesversammlung

1010 auf 244 Sesseln

Linksrutsch in National- und Ständerat: dies war die Bilanz der meisten Kommentare zu den eidgenössischen Parlamentswahlen im Oktober 1975. Die Mandatsgewinne der eidgenössischen Linken, vor allem der Sozialdemokraten, scheinen das politische Kräfteverhältnis in Bern zugunsten der Arbeitnehmer verändert zu haben. Gewonnen haben aber auch die Vertreter der Privatwirtschaft: «Während in früheren Jahren schätzungsweise jeder dritte bürgerliche Volksvertreter mit der privaten Wirtschaft verbunden war, sitzen heute über 60% aller FDP-CVP-SVP-Parlamentarier in einem oder mehreren Aufsichtsräten schweizerischer oder ausländischer Unternehmen.» Zu diesem Schluss kommt Max Schmid, der die Verflechtung eidgenössischer Parlamentarier mit der Privatwirtschaft untersucht hat. Über tausend Verwaltungsräte finden auf den insgesamt 244 Sesseln der Vereinigten Bundesversammlung Platz. Zählt man die öffentlichen VR-Mandate ab, so teilen sich noch immer gegen 750 privatwirtschaftliche VR-Mandate die Sitze von 115 Parlamentariern.

«Insgesamt 177 der 244 National- und Ständeräte aller Parteien sind Unternehmer oder Mitglied eines Verwaltungsrates. Unter diesen 177 Vertretern der Wirtschaft befinden sich allerdings etwa 60 Parlamentarier, die nur von Amtes wegen Mitglied eines Verwaltungsrates sind. Vor allem bei den Sozialdemokraten bringt es der hohe Anteil an Regierungs- und Stadträten im eidgenössischen Parlament mit sich, dass viele von ihnen als Staatsvertreter ein Verwaltungsratsmandat ausüben müssen, sei es auf dem Gebiet des Verkehrswesens (Bahnen), der Energieversorgung (Kraftwerke) oder in anderen gemischten öffentlich-privaten Unternehmen. Unter diesem Gesichtspunkt sind die zahlreichen öffentlichen Mandate des SP-Stadtpräsidenten von Le Locle, René Felber, zweifellos anders zu werten als jene eines Vertreters der Privatwirtschaft, wie beispielsweise die 25 Verwaltungsratssitze des Zürcher CVP-Nationalrats Eisenring, der durch die von ihm vertretenen Gesellschaften ein Privatkapital von rund 750 Millionen Franken repräsentiert.

Zitate und Material aus dem Buch von Max Schmid, Demokratie von Fall zu Fall, Verlagsgenossenschaft, Zürich, erscheint im Februar.

Auch die verschiedenen Verwaltungsratsmandate von Gewerkschaftern (Canonica usw.) und von Konsumentenvertretern (Heimann, Suter von der Migros-Genossenschaft usw.) sind kaum oder nur geringfügig mit persönlichen wirtschaftlichen Verflechtungen verbunden und dürfen ebenfalls nicht zu einer Fehleinschätzung der betreffenden Parlamentarier führen. Selbst wenn man diese Einschränkungen berücksichtigt, bilden die Arbeitgeber und die Freierwerbenden noch immer eine eindeutige Mehrheit in der Bundesversammlung. Die Arbeitnehmerseite ist bei den drei bürgerlichen Parteien mit weniger als 10% vertreten. Insgesamt kommen im eidgenössischen Parlament auf einen durchschnittlichen Lohnempfänger etwa drei bis vier Vertreter der schweizerischen Wirtschaft.»

Verwaltungsräte in der Bundesversammlung

Anzahl Sitze			inklusive öffentliche Mandate		ohne öffentliche Mandate	
	S	P	VR	P	VR	AK
FDP	69	56	404	41	294	7320
CVP	63	54	410	40	334	2807
EVP	3	–	–	–	–	–
SVP	26	20	57	12	36	94
LdU	12	6	41	6	33	130
SP	60	35	93	13	30	115
Rep.	4	1	2	1	2	0,1
PdA	5	1	1	1	1	–
NA	2	1	2	1	2	–
Total	244	174	1010	115	741	10 785

S = Anzahl Sitze; P = Anzahl Parlamentarier mit VR-Mandaten; VR = Verwaltungsratsmandate; AK = vertretenes Aktienkapital

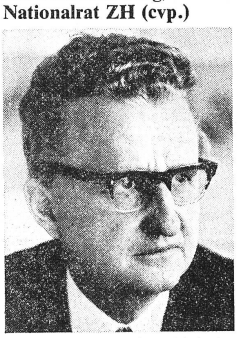
Kein Rat ohne Mandat

«Von den 44 Ständeräten sind nur die beiden Schaffhauser Bächtold (fdp.) und Graf (svp.) sowie der Bündner Schlumpf (svp.) und der Genfer Donzé (soz.) nicht Mitglied eines Verwaltungsrates. Wenn auch mancher Ständerat dieses oder jenes öffentliche Mandat ausübt, so ist doch die Mehrheit der Standesvertreter durch private Verwaltungsratssitze aufs engste mit der schweizerischen Industrie und nicht selten auch mit den multinationalen Konzernen verbunden. Beispiele dafür sind die Ständeräte Hefti (GL, fdp., 37 Mandate), Honegger (ZH, fdp., 22 Mandate) und Muheim (UR, cvp., 44 Mandate). Bei den bürgerlichen Nationalräten bietet sich das gleiche Bild: Zwei Drittel der FDP-CVP-SVP-Vertreter haben drei und mehr private Verwaltungsratssitze. Besonders bei den im Parlament ohnehin weit übervertretenen Rechtsanwälten häufen sich naturgemäss die Mandate; der Tessiner CVP-Anwalt Pagani ist z. B. Verwaltungsrat von 53 wenn auch zumeist kleineren Aktiengesellschaften.

Im Durchschnitt entfallen auf die 174 Verwaltungsräte in der Bundesversammlung sechs Mandate; insgesamt vertreten sie neben dem Schweizer Volk über 1000 Wirtschaftsunternehmen mit einem Gesamtkapital von schätzungsweise 15 Milliarden Franken, was annähernd einem Drittel des Nominalkapitals aller schweizerischen Aktiengesellschaften entspricht. Besonders die grossen Unternehmungen sind im Parlament prozentual stark vertreten. Von den Ende 1974 registrierten 622 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von mehr als 10 Millionen Franken sind 20% durch einen oder mehrere Verwaltungsräte stets im Bundeshaus präsent; bei den Gesellschaften mit einem Nominalkapital von mehr als 100 Millionen Franken beträgt dieser Anteil sogar 40.

Von den traditionell unternehmerfreundlichen Freisinnigen sind ganze 13 Volksvertreter von insgesamt 69 ohne Verwaltungsratsmandat, bei der CVP 8 von 63 Fraktionsmitgliedern. Trotzdem bleibt die FDP die «kapitalschwerste» Partei: 39 FDP-Mitglieder vertreten 284 Privatfirmen mit einem gesamten Aktienkapital von 6830 Mio. Franken. Und die CVP kann mit 40 Mitgliedern der Bundesversammlung aus 334 Verwaltungsräten immerhin noch ein Aktienkapital von 2807 Mio. Franken in die Waagschale werfen.

Volksvertreter Dr. Paul Eisenring, Nationalrat ZH (cvp.)



25 Verwaltungsratssitze; Aktienkapital der vertretenen Unternehmen: rund 750 Mio. Franken.

A. W. Faber-Castell (Holding) AG, Grabs (10,0) (P)
AG Brinkmann International, Zug (1,0)
Allgemeine Finanzgesellschaft, Zürich (15,0)
Atomkraft AG, Zürich (0,05) (P)
Bank Leumi le-Israel (Schweiz), Zürich (15,0)
Banque de Gestion Financière, Zürich (10,0)
BBC Société Anonyme Brown Boveri & Cie., Baden (307,56)
Buchdruckerei Maihof («Vaterland»), Luzern (2,0)
Expertisa Vorsorge-Beratungen AG, Zürich (0,05) (P)
Goldman Sachs AG, Zürich (0,5)
Handelsvertretungen AG, Lugano (0,05)
Handelszeitung und Finanzrundschau AG, Zürich (0,1203)
Jacobs Douwe Egberts AG, Zürich (150,0)
Jasis AG, Zürich (0,2)
Michelin Recherche et Technique SA, Basel (2,5)
Motor-Columbus AG, Baden (130,0)
Parmoges AG, Basel (2,5)
Philipp Brothers Bank AG, Zug (15,0)
Privat Holding AG, Zürich (0,5)
Privatbank und Verwaltungsgesellschaft, Zürich (10,0) (P)
Proventina Commercial AG, Zürich (18,4)
Provestor SA, Aarau (2,0)
Schweizerisch-Amerikanische Elektrizitäts-Gesellschaft, Zug (11,846,25)
Südamerikanische Elektrizitäts-Gesellschaft, Zug, (30,0)
Tampimex Holding AG, Glarus (7,2)
(in Klammer: Kapital in Mio. Franken; P = VR-Präsident)

Die heimlichen Fraktionen

Aktienkapital-Spitzenreiter Hans Rüegg z. B. hat mehr im Rücken als die Motor-Columbus (AK 130 Mio. Fr.) oder die ITT-Tochter Standard Telephon und Radio AG (AK 33 Mio. Fr.). Als Vorstandsmitglied des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen und Präsident des Arbeitgeberverbands schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller (ASM) trifft er seinen ASM-Vorstandskollegen Ulrich Ammann (fdp., BE) in Bern.

Beinahe «Fraktionsstärke» erreichen die Handelskammer-Männer Ruedi Schatz (fdp.), Präsident der st.-gallischen Handelskammer, Kaspar Meier (fdp.), Direktor der zentralschweizerischen, Fritz Honegger (fdp.), Direktor, und Ulrich Bremi (fdp.), Vorstandsmitglied der zürcherischen Handelskammer.

Glatt überrundet von den Gewerbeverbändlern werden die nationale Rechte (NA, Rep.) und die kommunistische Linke (PdA, PSA), die mit sieben Leuten sozusagen Fraktionsstärke erreichen. Nationalratspräsident Rudolf Etter (svp.) ist gleichzeitig Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV), begleitet von SGV-Direktor Otto Fischer (fdp.). Aus den Kantonen gesellen sich die Thurgauer und Berner Präsidenten Otto Keller (fdp.) und Walter Augsburger (svp.), der Solothurner Vizepräsident Daniel Müller (fdp.) zu den beiden Vertretern des kantonalzürcherischen Gewerbeverbandes, Präsident Albert Sigrist (fdp.) und Geschäftsleiter Werner Leutenegger (svp.)

Diskutiert die Bundesversammlung über Presseförderung, dann ist Ulrich Luder (fdp.) dabei, geht es um das Uhrenland Schweiz, so kann der Direktor der Schweizerischen Uhrenkammer, Yann Richter (fdp.) ein Wörtchen mitreden. Wird in der Schweiz gebaut und betoniert, so steht Armand Bochatay (cvp.) von der Zentralstelle des Schweizerischen Baumeisterverbandes nicht allein. Die über zwei Dutzend Unternehmer, Verwaltungsräte usw. aus der Baulobby sind zusammen stärker als die Gnägi-Partei SVP.

Von den Banken zu den Versicherungen, den Energiekartellen zu den Chemiekonzernen, jede Branche hat ihre Unternehmer- und Verwaltungsräte-Lobby in Bern. Ob Herr und Frau Schweizer mehr Autobahn fahren, sich versichern oder Medikamente schlucken sollen, hinter den offiziellen Parteikulissen mischt die Privatwirtschaft mit. An welchen unsichtbaren Drähten da im National- und Ständeratssaal gezogen wird, verstehen selbst Parlamentarier manchmal nicht mehr. *K. Fisler*

Hemdsärmelig

dass in bern unter der kuppel mehr kapital versammelt ist als sachverstand, ist beinahe ein gemeinplatz, zumindest für denjenigen, der das gerangel und gewurstel «dort oben» – wie der volksmund so treffend sagt – nicht für den inbegriff der demokratie schlechthin anschaut. und dass sich auf 244 sitzen 1010 verwaltungsräte drängen, die ein aktienkapital von über 10 milliarden franken hinter sich wissen, mag ein indiz dafür sein, dass sich in helvetiens gauen die demokratie schon längst zur plutokratie gemausert hat. dass also der «volksverbundene Herr Zinsli» nur vorgeschoben wird, um das dem volk etwas weniger geheure gesicht des monsieur zins – sprich exponenten der grossbanken – zu verdekken.

trotzdem, mehr als ein indiz ist es nicht. denn einmal müsste gezeigt werden, welche negativen auswirkungen die union von wirtschaftlicher und politischer entscheidungsgewalt zeitigt, um das argument zu entkräften, dass «die fähigen leute eben einfach dünn gesät und in der politik wie in der wirtschaft gefragt seien». dann gibt es verwaltungsräte und verwaltungsräte. etwa solche von öffentlich-rechtlichen institutionen (z. B. SBB) oder von gemischtwirtschaftlichen betrieben (wie etwa die meisten elektrizitätswerke), in die regierungsvertreter z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten firmen. und auch hier muss unterschieden werden zwischen kleinbetrieben und weitverzweigten grossunternehmen, die mitunter im parlament geradezu auf fraktionsstärke, wenn nicht noch mehr kommen. weiter: das aktienkapital gibt keinen stichhaltigen hinweis auf die wirkliche bedeutung einer firma. der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche minimum von 50 000 franken aktienkapital aus. massgebend wäre hier schon eher der umsatz oder die gewinnsumme inkl. reserven, die aber auch nur ein verzerrtes bild wiedergeben. wie man es auch dreht: rein quantitativ lässt sich das problem so nicht fassen.

macht man sich daran, zu ergründen, w i e es denn funktioniert, wird's noch etwas verzwickter. Sicher ist, dass in den meisten fällen nicht in schwarzer hintermännermanier interessenpolitik betrieben wird. es wäre naiv hier in eine drahtzieher-theorie aus umgekehrter sicht zu verfallen. etwas näher als cincera oder die nationale aktion möchte man schliesslich an den kern der sache heran kommen. es reicht jedoch ebensowenig, einfach zu behaupten, im volke wisse man eben zuwenig von diesen hintergründen, sonst sähe es anders aus. sicher trägt die undurchsichtigkeit der verhältnisse einiges zumindest zur gleichgültigkeit bei, mit der die herrschenden zustände als selbstverständlich hingenommen werden. doch mehr wissen allein ändert hier noch nicht viel. der zürcher wähler z. b. wusste, dass ständerat fritz Honegger ein mann der wirtschaft ist – die freisinnige partei hat ihn sogar ganz unverblümt als solchen vorgestellt – trotzdem ist er wiedergewählt worden und gegenkandidat adolf muschg erzielte mit seiner «Kultur des Widerspruchs» – so muschg im «konzept»-interview zu seinen vorstellungen von einer echt demokratischen auseinandersetzung – nur einen achtungserfolg.

hätte man auf all diese fragen eine antwort gefunden, so käme niederschmetternd die feststellung, dass ja eigentlich das wichtigste gar nicht im parlament entschieden wird. in der vernehmlassung, mit referendumsdrohungen und solchem spuk hat die wirtschaft sicher die gewichtigeren einflussmittel als mit ein paar ihrer verwaltungsräte, die sie zu einem nickerchen nach bern entsendet. und der vorort trägt nicht grundlos den namen «achter bundesrat».

mag es noch so unbequem klingen, mit der hemdsärmeligen feststellung der verflechtung zwischen parlament und wirtschaft ist man noch nicht viel weiter. sicher ist das missbehagen, das hinter ihr steht, mehr als berechtigt. doch bleiben die argumente allzu leicht zu entkräften und vor allem versinkt man in ratlosigkeit, wenn man sich überlegt, wo denn hebelarme zur veränderung anzusetzen wären. dass dies kein grund zum scheitern vor der komplexität sein soll, scheint mir klar. in dem sinne werden wir uns bemühen, weiterhin am ball zu bleiben.

Pierre Freimüller

Fortsetzung von Seite 1

neuesten «Memopress» die Broschüre *«Der Weltkirchenrat und sein Blutgeld – Von der Ökumene zum Weltkirchensowjet»*. Herausgeber: Die «Internationale Studiengesellschaft für Politik», eine ominöse Gesellschaft, die in Interlaken eine Postfachadresse hat und aus der «neutralen Schweiz» die der CSU nahestehenden «intern-informationen» in die Bundesrepublik vertreibt. Aus dem *«Abendland»* (Selbsteinschätzung: *«Natürlich sind wir kalte Krieger – Natürlich sind wir Antikommunisten»)* übernimmt Rahm neuerdings Klatsch über die schweizerische Linke im Cincera-Stil. Und die rechtslastige *«Schweizerische Studenten-Zeitung» (SSZ)* unterstützt er regelmässig mit Inseraten. Auch die professionellen kalten Krieger vom *Schweizerischen Ost-Institut* sind in der «Memopress» oft als «Quelle» zitiert.

Emil Rahm samt Frau Gemahlin gehören auch zu den Drahtziehern der Vereinigung «Ja zum Leben». Mit einer Flut von Traktätchen, mit Pressecommuniqués und Leserbriefen, ja sogar mit Bildern vermeintlich Abgetriebener führt «Ja zum Leben» den Kampf gegen die Abtreibung und die Unmoral.

Über seine Mitarbeit in unzähligen «Komitees» und «Aktionen» hat Rahm persönlichen Kontakt mit Rechtsaussen-Politikern der Schweiz.

Neue Rechte?

Emil Rahm und die «Memopress» als weltfremde Spinner abzutun, die man ruhig weiterwursteln lassen soll, wäre aber verfehlt. Seine Stossrichtung gegen Kommunisten und Neue Linke, gegen Juden, Jesuiten und Freimaurer, gegen das internationale Grosskapital und für einen gesunden Mittelstand, für eine starke Armee und eine nationale/nationalistische Politik ähnelt derjenigen des Dritten Reiches.

Und indem Rahm die Schuld an Missständen Minderheiten und Sündenböcken zuschiebt; indem er ein emotionales Angstvakuum, das er dann mit seinen Heilsparolen füllen kann, zu schaffen versucht, übernimmt er Methoden der faschistischen Propaganda: Sie dienen dem Aufbau eines Feindbildes des Kleinbürgers, der sich die letzten Reste einer heilen Mittelstandswelt zu erhalten sucht. *Arbeitsgruppe Medienkritik*

Spots

Keine Freude bereitete der weltweite Protest gegen die brutale Hinrichtung von fünf spanischen Oppositionellen dem surrealistischen Maler Salvator Dalí. Dalí – exzentrischer Bohémien und geschätzter Gast in den Spalten des exklusiven Herrenmagazins «Lui» – attestiert dem greisen Caudillo «une grande sagesse». Die angeblichen Terroristen sollten «comme des rats» liquidiert werden: «Il faudrait faire trois fois plus d'executions?» Dalí, der sich selbst als Monarchist bezeichnet, will von der Schaffung einer demokratischen Gesellschaft in Spanien nichts wissen. «Je suis contre la liberté. Je suis pour la Sainte Inquisition. La liberté, c'est la merde.» Das Ganze noch hübsch angereichert mit einem aus dem Zusammenhang gerissenen Lenin-Zitat. Dalí – eine sonderbare Mischung von exhibitionistischer Extravaganz und politischem Analphabetismus – oder: «C'est la merde.»

Der chinesische Verlag Hsinhua Chu Pan She veröffentlicht zum ersten Mal ein Buch, das nicht von Mao Tsetung stammt. Es wurde von einem anderen Parteivorsitzenden geschrieben, nämlich von Franz Josef Strauss, dem Chef der bundesdeutschen CSU. Das Vorwort zu diesem seinem neuesten Buch schrieb übrigens Professor Pascual Jordan, Atomphysiker und Propagandist für Hitler. Beim erwähnten Franz Strauss handelt es sich übrigens um denselben Strauss, welcher in der sogenannten Sonthofener Rede alle von seiner Warte aus links stehenden Bundesbürger als «rote Ratten» titulierte!

*

«In Chile halten junktafeindliche Arbeiter seit Monaten die Kupferminen besetzt ... Die Erdölländer wollen ihr schwarzes Gold lieber weiter unter der Wüste lagern ... Die Regierungen können das wachsende Heer der Arbeitslosen nicht mehr versorgen. In Italien, in Frankreich und sogar in der Bundesrepublik brechen Unruhen aus.» Unter diesen Voraussetzungen hat im Dezember vergangenen Jahres eine Nato-Übung «Hilex 75» stattgefunden. Damit jeder merkt, wozu die Armee da ist.

Finden Sie unsere Presse objektiv?
Weiterlesen auf Seite 7

Lohnender Nebenverdienst

Wir suchen Studenten und Studentinnen für den Verkauf von erstklassigen Kunstreproduktionen weltbekannter Künstler wie: Renoir, Degas, Erni, Koller etc. (Kunstkenntnisse nicht erforderlich). Verdienstmöglichkeit: 24 Fr. bis 36 Fr. pro Stunde. Keine Verpflichtung. Rufen Sie uns an: Dienstag und Donnerstag 17 – 19 Uhr
REHA International
Tel. (01) 39 33 30

Semesterarbeiten Dissertationen

tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig.
R. Hager, Waldstrasse 14
8046 Zürich
Tel. (01) 57 66 50

DISSERTATIONEN
druckt exzellent von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format
BÖNECKE
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525
Frachtverbilligung Raster billigst!

bei Expl.	DM pro Seite
70	3.30
100	3.45
150	3.65
200	3.80
300	4.25

Angebot anfordern

Kontaktinserate in «das konzept» sind sehr preisgünstig und erreichen ca. 40 000 kontaktfreudige junge Leser.

gute bücher billig z.B. Bouret/ HENRI ROUSSEAU, 269 S., 222 Abb., davon 50 Farbtafeln jetzt Fr. 29.50.
Mühlegasse 13 ● Rämistrasse 33, Zürich
Bücher-Bazar ist ein Gemeinschaftsunternehmen der Buchhandlungen Enge AG, Robert Krauthammer, Krauthammer Taschenbücher, Kinderbuchladen Schatzmann und H.U. Zbinden u. Co.

Ihre **DISSERTATION** druckt zu vernünftigen Preisen
Gysin
Ruedi Gysin AG Haus der Reprografie
Im eisernen Zeit 31, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66
Filiale 8050 Zürich-Oerlikon:
Hugostrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

das konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ☏ (01) 47 75 30, Postscheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Konrad Fisler, Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber.

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETH Z).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 38 500.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00, Telex 55 235
1-sp-mm-Zeile – .62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionsschluss Nr. 2: 30. 1. 76
Inseratenschluss Nr. 2: 6. 2. 76

Hundegeschichte, Menschengeschichte

Vorsicht Tierfreunde!

Diese Geschichte, die mir zugespielt wurde, ist nach allen Regeln der Zunft nicht zeitungswürdig. Sie ist schon über ein Jahr alt. Und sie handelt, vorerst und vordergründig, nur von einem kleinen Postangestellten irgendwo in der schönen Schweiz, der genau nach Statuten aus dem lokalen und damit auch aus dem schweizerischen Hündelerverein ausgeschlossen wurde. Der Ausschluss sei «sicher berechtigt» gewesen, stand im Februar 1975 in der Lokalzeitung, «denn eine Hundsmisshandlung ist eines Hundesportlers unwürdig». Fünf Monate später meldete auch der «schweizer hundesport» den Ausschluss «wegen Schädigung des Ansehens des Vereins durch tierquälerisches Verhalten» – samt Name und Adresse des Sünders, den wir hier Born nennen wollen. Der Postangestellte Born wohnt in einem kleinen Dorf, und für die Gerüchte und das Geschwätz musste er nicht sorgen. Der Tierschutzverein indessen, wo Born auch Mitglied ist, weigerte sich, Born wegen der angeblichen Hundsmisshandlung und Tierquälerei auszuschliessen. **Jürg Frischknecht**

Die Tierquälerei geschah so: Born hatte sich im Frühjahr 1974 überreden lassen, für eine Wirtin deren Deutschen Schäfer scharf zu machen, abzurichten. Unentgeltlich, ist beizufügen. Der Hund war schwierig, fiel Born sogar von hinten an, biss zu. Man übte weiter «Führerverteidigung». Born mimte Angriffe auf die Wirtin; der Schäfer sollte seine Führerin verteidigen. Da fiel der Hund Born von vorne an, die Wirtin konnte ihn nicht mehr halten. In einem Angstreflex schlug ihm Born mit dem Stock eins auf den Schädel. «Dir will ich's schon zeigen», sagte Born zum Schäfer, der kurz bewusstlos liegenblieb. Einen bleibenden Schaden trug er nicht davon. «*Zum Selbstschutz*», so schreibt es das Reglement vor, ist vom Abrichter «*ein Stock mitzunehmen*».

Der Zwischenfall war beinahe vergessen, als Born im Herbst 1974 von den Instanzen des lokalen Hündelervereins verhört wurde. Im Februar 1975 wurde er von der Hauptversammlung des Kynologischen Vereins ausgeschlossen. Treibende Kraft war der kommende Präsident des Vereins, der früher als Kaminfeger und heute als Polizist für Sauberkeit im Dorf besorgt ist. Die Lokalpresse machte den Ausschluss publik. Im Dorf zirkulierten Verdächtigungen, Frau Born wurde am Telefon belästigt. Born hatte genug, resignierte und liess die Einsprachefrist vorbeiziehen.

Borns Ausschluss musste von den Instanzen der *Schweizerischen Kynologischen Gesellschaft* (SKG) geprüft und sanktioniert werden. Als Zentralpräsident amtet dort *Oberst Paul Rub. Georg Blind* ist Chef der Technischen Commission für das Gebrauchshundewesen (TCG).

Wer ist dieser Tierquäler und Hundsmisshandler? Born wurde 1960 Hündeler. Seit 1963 ist er Lawinenhundeführer mit SAC-Ausweis. Ebenfalls 1963 war er bei einem Lawinenunglück lebensrettender Mund-zu-Nase-Beatmer. Born ist seit unzähligen Jahren Musikdiener bei der lokalen Blechmusik. Ein hilfsbereiter, mustergültiger Bürger, einer jener viel zu wenigen Hündeler, die ihren Hund in den Dienst des gefährdeten oder behinderten Mitmenschen stellen. Dass er sich dazu überreden liess, einer Wirtin aus Gutmütigkeit den Hund scharf zu machen, wird Born heute bereuen.

*

Man kann die ganze Geschichte auch anders sehen: Vereinsmeier, die wenig gegen den Einsatz von Hunden gegen Menschen unternehmen, warfen ein unbequemes Mitglied unter dem Vorwand der Tierquälerei aus dem Verein. Spekulieren wir mal. Ein Hündeler, der besoffen einen Unfall baute, einen Schwerverletzten liegenliess und türmte, wollte kurz danach Richter werden, das heisst Beurteiler bei SKG-Gebrauchshundeprüfungen. Die Verbandsstatuten setzen für solche Richter auch «*moralische Eigenschaften*» voraus. Born wagte in einer Eingabe darauf hinzuweisen, dass diese beim famosen Richterkandidaten wohl fehlten. Der Mann wurde dennoch zu den Prüfungen zugelassen, die von Blinds TCG abgenommen werden, fiel aber zweimal durch.

Unser Führerflüchtling und Richterkandidat hat seinerzeit von einer Baslerin ein Ferienhaus geerbt, weil er sich verpflichtet hatte, nach dem Tod der alten Dame ihren Hund weiterzupflegen. Wie der Zufall es so will, macht just in diesem Ferienhaus Georg Blind, siehe oben, mit seiner Familie Ferien. Privat ist Blind Chef der Baselbieter Fremdenpolizei. Genauer: war Chef. Wie man aus der Presse weiss, schikanierte der Tierfreund und Gebrauchshundechef Blind in seiner Amtsstube in sadistischer Weise Ausländerinnen und wurde dispensiert. Blinds Anwalt entschuldigte die Verfehlungen mit einem «*krankhaften Verhalten*» seines Klienten. Doch zurück zu unserem Ferienhäusler und Beinahe-Richter. Im nächsten Anlauf hat er es geschafft. «Moralische Eigenschaften . . .»

Blind, noch immer von seinem Amt dispensiert, kann sich jetzt vermehrt seinen Hunden widmen, nachdem er von den Ausländerinnen ablassen musste. Anfang November 1975 beurteilte er in seinem Ferienort in Anwesenheit unseres Doch-noch-Richters und des Kaminfeger-Polizisten als Experte erneut Hundeführer, eine grössere Anzahl Hundeführerinnen und gar einen schulpflichtigen Buben. Früh übt sich, was ein Hundemeister werden will. Und Mitte November beaufsichtigte Blind in Magglingen als TCG-Chef die Prüfungen für Richter-Anwärter. «*Allfällige Beschwerden in bezug auf moralische Eigenschaften usw. sind schriftlich und begründet beim Präsidenten der TCG, Georg Blind, Wachtelweg 27, 4132 Muttenz, einzureichen*», hatte es vorgängig im «schweizer hundesport» geheissen. Wer nicht auf beiden Augen blind ist . . .

«Mannsarbeit» mit Schäferhunden
Paradies für Scharfmacher (Bild: M. Luscačova)

*

Nun, vom angeblichen Tierquäler und Immer-Noch-Tierschützler Born werden die Hündeler-Offiziellen nicht mehr gestört. «*Dieser Fall wird in unserem Verein nicht mehr behandelt*», liess der saubere Polizist verlauten. Vielleicht finden die Hündeler-Herren mal die Musse, neben dem Traktandum «Tierquälerei» auch das Dossier «*Einsatz von Hunden gegen Menschen*» aufzuschlagen. Hier einige Fundstücke aus diesem Dossier als Anregung:

- 1974 prüften Blinds SKG-Experten 8567 Gebrauchshunde. Ein Grossteil von ihnen sind sogenannte scharfe Hunde, hart trainiert in «Mannsarbeit» (lies: Einsatz gegen Menschen). Weshalb hier von «Hundesport» und von «Hundesportlern» die Rede ist, bleibt mir schleierhaft. Vielleicht wäre die Bezeichnung «Hundegeschäft» angemessener. Im «Stern» lese ich: «*Brust raus, Schwanz hoch. Sie hetzen von Hundeschau zu Hundeschau, sie jagen nach Titeln und Pokalen. Ruhm ist für Hundezüchter bares Geld. Denn wer die meisten Preise hat, diktiert die Preise auf dem Hundemarkt.*» Vielleicht bringt der Redaktor des «schweizer hundesports», Hans Räber, einmal Licht in dieses Geschäft. Der 57jährige Räber ist Lehrer, Fachbuchautor und auch ein grosser Hundezüchter.
- Gebrauchshunde werden gebraucht. Im September 1964 war im «schweizer hundesport» zu lesen, das US-Verteidigungsministerium habe einen Auftrag zum Kauf von weiteren (!) tausend Schäferhunden gegeben, die schnell dressiert und dann nach Vietnam zur Bewachung der Versorgerlager (?!) verfrachtet werden sollen. Jahre darnach: Der amerikanische Tierschutzverein blitzte beim Kriegsministerium ab, als er für die vierbeinigen Kriegshelden ein Denkmal auf dem Heldenfriedhof Arlington forderte.
- Ein Berner Kynologe und SKG-Fachexperte baute in Argentinien während vieler Jahre das Militär- und Polizeihundewesen aus. Ein anderer SKG-Experte war in ähnlicher Mission in Äthiopien. Und Berner Polizisten drehten für Tschombé einen Film über Schutzhunde. Der Mann, der damals den Filmkommentar sprach, sitzt heute in einem einschlägigen EMD-Büro.
- Schweizer Fernsehen, «Rundschau» vom 11. Februar 1975, Bericht über die Ausbildung griechischer Folterknechte zur Zeit der Diktatur, TV-Kommentar zu einem jungen Folterer: «*Er wurde gefoltert, damit er zum Folterer wurde. Eine Ausbildung, die ihn bewusst entmenschlichte und brutalisierte.*» Dann der Augenzeugenbericht: «*Die Ausbildner warfen sich auf uns, noch ehe der Zug hielt. Sie schlugen uns mit Knüppeln und hetzten Hunde auf uns. In der Kaserne fuhren sie fort, uns zu quälen.*» In unseren Gefängnissen werden Diensthunde nicht fürs Foltern gehalten. In bernischen Anstalten dürfen die Diensthunde gemäss einer regierungsrätlichen Verordnung «*nur in gefahrdrohenden Situationen auf Menschen losgelassen werden*».
- Der oberste Schweizer Hündeler und Oberst der Schweizer Armee *Paul Rub*, Druckereidirektor im Berner Familienunternehmen Paul Haupt AG (wo der «schweizer hundesport» gedruckt wird), regte als freisinniger Parlamentarier der Stadt Bern den «*Einsatz der Diensthunde der Sicherheits- und Kriminalpolizei der Stadt Bern im Kampf gegen das Verbrecher- und Strolchentum, bei Demonstrationen und Grossveranstaltungen*» an. In Madrid, wo Rub schon an internationalen Hündelertagungen teilnahm, funktioniert das bereits. Zeitungsschlagzeile: «*Spaniens Studenten mit den Arbeitern solidarisch – Polizeihunde gegen Demonstranten*». In der Schweiz warnte Zürichs damaliger Oberrichter Dr. Gut die Polizei schon im Jahr 1968: «*Lasst die Hände von den Hunden!*» Denn die Hunde seien «*so abgerichtet, dass sie auch ohne Befehl automatisch jeden angreifen, den sie als Bedrohung für ihren Herrn und Meister empfinden . . .*» Zwischenfälle an Fussballspielen und andern Grossveranstaltungen, wo Hunde als Bewacher eingesetzt wurden, geben Gut recht. Der Chef der Stadtzürcher Polizeihunde jedoch meint: «*Unsere Hunde sind keine Bluthunde, sondern bestens erzogen.*» Wie ihre Meister.
- Graben bei Herzogenbuchsee, Gelände des künftigen Atomkraftwerkes. Nacht für Nacht patrouillieren private Hundeführer mit ihren Gebrauchshunden um das scheinwerferbeleuchtete Feld entlang den hohen Drahtzäunen. Sold pro Nacht, ausbezahlt von den Kraftwerkherren: hundertfünfzig Franken.

*

Ich weiss, diese Fundstücke zeichnen natürlich ein völlig einseitiges und verzerrtes Bild des Hundesports. Der Gerechtigkeit halber deshalb noch ein Lesetip: Kaufen Sie sich am nächsten Kiosk den offiziellen «schweizer hundesport». Der wird vom Lehrer und Hundezüchter *Hans Räber* so gut redigiert, dass Räber nicht nur Präsident des Schweiz. Clubs für Schnauzer und Pinscher und des Schweiz. Riesenschnauzer-Clubs ist, sondern seit diesem Winter auch Ehrendoktor der Universität Bern. Honoris causa.

*

PS: Donnerstag, 15. Jan. Der ehemalige Baselbieter Fremdenpolizeichef Blind erhält vier Monate bedingt. Der Oberhündeler hatte seine «erotisch-perversiven Neigungen» (so das psychiatrische Gutachten) an insgesamt acht Ausländerinnen abreagiert, indem er die machtlosen Frauen mit Handschellen, Stricken und Ketten «zur Strafe» z. T. am ganzen Körper fesselte. Das Gericht anerkannte eine verminderte Zurechnungsfähigkeit. «Beschwerden in bezug auf moralische Eigenschaften usw. sind schriftlich und begründet bei Georg Blind einzureichen . . .» *Jürg Frischknecht*

Kommerz und Engagement im Schweizer Film

«Alle Affen gaffen, hu hu hu...»

Ende Januar beginnen in Solothurn die diesjährigen Filmtage. Die vorgeführten Filme haben die mannigfaltigen Hindernisse, die einer Schweizer Filmproduktion im Wege stehen, erfolgreich überwunden. Aber noch sind die Werke nicht beim Publikum angelangt. Die Filmtage bedeuten oft nur die Schwelle zu neuen Problemen: Sie sind nicht Endstation, sondern Startpunkt; der Film sollte in den Verleih kommen, sein Publikum finden. Die kommerziellen Verleiher und der Schweizerische Lichtspieltheaterverband SLV, der Zusammenschluss der Kinobesitzer, setzen auf publikumssichere Filme. Was tun? Für bessere Startchancen haben die Filmschaffenden zur Selbsthilfe gegriffen und den Verleih Film-Pool des Schweizerischen Filmzentrums gegründet. Die nichtkommerziellen Spielstätten haben sich ihrerseits zum «Cinélibre» zusammengeschlossen. Was bringen solche Organisationen? Genügen sie? Reicht es, ein eigenes Netz von Vertriebskanälen zu haben, das zwar gegen das kommerzielle läuft, aber nach den gleichen Prinzipien aufgebaut ist?

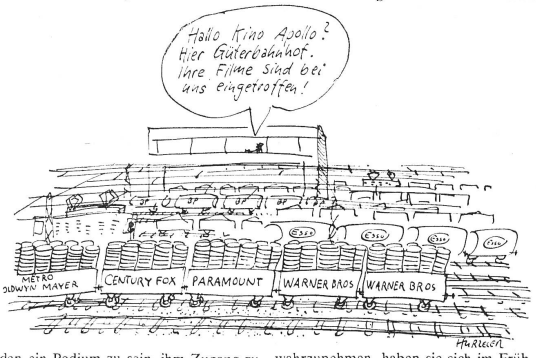
«*Die verlorene Ehre der Katharina Blum*», der Film nach einem Buch von Heinrich Böll, ist in der Bundesrepublik zum vollen Publikumserfolg geworden. Die Katharina Blum ist ein engagierter Film. Er ist gegen die Praktiken des Boulevardjournalismus gerichtet; er meint Springers «Bild»-Zeitung. Öffnen sich die Filmindustrie und die Filmförderung einerseits, das «breite Publikum» anderseits endlich zeitkritischen Stoffen?

Allzu viele Hoffnungen werden sich da die engagierten Schweizer Filmschaffenden nicht machen. Sie denken etwa an ihre Erlebnisse mit der Filmförderung oder mit dem Fernsehen (man lese dazu in der «Leserzeitung» Nr. 19 vom 11. 12. 1975 den Bericht über die Erfahrungen, die *Richard Dindo* mit seinem Film «*Schweizer im spanischen Bürgerkrieg*» beim Deutschschweizer Fernsehen machte). Auch da, wo der Bund fördert, bleiben als weitere Hürden Verleih und Kinogewerbe: «*Wir lassen uns nicht dazu zwingen, Filme vorzuführen, die zwar denjenigen gefallen, die sie produzieren, nicht aber denen, die sie anschauen sollen und deshalb den Kinobesuch meiden*», so formulierte Manfred Fink als Präsident die Einstellung des Schweizerischen Lichtspieltheater-Verbandes (SLV) im Juni 1975. Über Wert und Unwert entscheide letztlich das Publikum; der Verband setze sich dagegen zu Wehr, dass dem Kino Aufgaben zugemutet werden sollen, die sich ruinös auswirken.

Zu «publikumssicheren» Filmen kommt das Kinogewerbe vor allem über den abhängigen Verleih, das heisst über das amerikanische System, in dem der Verleih in der Produktionsfirma integriert ist: Metro Goldwyn Mayer, Century Fox, Paramount, Warner Bros usw.; dennoch: nur ein kleinerer Teil auch der importierten Filme bringt dem Kinobesitzer wirklich den ersehnten Profit. Die üblen Verleihpraktiken der Block- und Blindbuchungen sorgen dafür. Beim Blockbuchen müssen mehrere Filme verschiedener Qualität en bloc eingekauft werden, beim Blindbuchen wird das Geschäft noch vor Beginn der Dreharbeiten abgewickelt.

Ansätze zur Selbsthilfe:

Um dennoch in den hiesigen Verleih und an das schweizerische Publikum zu kommen, mussten sich die Filmschaffenden selbst zur Wehr setzen. 1970 schuf der Verband Schweizerisches Filmzentrum den Film-Pool als Verleihorganisation für nichtkommerzielle Schweizer Spiel- und Dokumentarfilme. Der Film-Pool hat zum Ziel, jedem Filmschaffenden ein Podium zu sein, ihm Zugang zu seinem spezifischen Publikum zu vermitteln.



Der grosse Aufschwung kam 1972, als der Film-Pool «*La Salamandre*» von *Alain Tanner* in Verleih übernehmen konnte – allen anderen Verleihern war der Film zu wenig publikumssicher gewesen. Von allem Anfang an beim Film-Pool dabei waren Filmer wie *Fredy Murer, Ives Yersin, Alexander J. Seiler, Markus Imhoof, Peter von Gunten*. Dem Film-Pool als Selbsthilfeorganisation der Filmschaffenden gelingt es – unterstützt von Bundessubventionen –, für den Schweizer Film jene organisatorischen und administrativen Leistungen zu erbringen, die der kommerzielle Verleih für die kommerzielle Produktion erbringt. Er ist die Verwaltungsstelle für kritische Filme.

An anderer Stelle des «circuit parallèle», des Netzes von Vertriebskanälen, das den bestehenden kommerziellen Strukturen entgegenläuft, stehen die Filmklubs und andere nichtkommerzielle Spielstätten wie die Ansätze zum kommunalen Kino in Zürich, Genf und Bern. Um ihre gemeinsamen Interessen wahrzunehmen, haben sie sich im Frühjahr 1974 zum «Cinélibre» zusammengeschlossen. Cinélibre will die Filmeinfuhr durch Koordination und Rationalisieren verbilligen. In einem neuen Vertrag mit der Filmwirtschaft will es ferner die restriktiven Bedingungen, unter denen heute vielerorts die nichtgewerblichen Vorführungen stattfinden müssen, durch günstigere und für die ganze Schweiz gültige ersetzen. Auch das Cinélibre wird vom Bund subventioniert.

Der engagierte politische Film

Der kommerzielle Kinofilm ist dazu gemacht, sein Publikum zu zerstreuen und abzulenken. Er zeigt Abenteuer, Liebesgeschichten, Komödien. Der Filmbesuch verschönert dem Zuschauer seine Freizeit, er entlastet ihn vom Alltag, von der Arbeitswelt. Obwohl er eine öffentliche Vorführung besucht, bleibt der einzelne privat. Dafür sorgt nicht nur der jeweilige Inhalt des Films; sondern auch das ganze Drum und Dran des Kinobesuches. Er mag vielleicht mit einem gemütlichen Nachtessen zu zweit eröffnet, mit einem Schlummertrunk beendet werden. Vielleicht dass das Erlebte den Stoff für eine angenehme Konversation abgibt. Keinesfalls ist jedoch das Kino selbst ein Ort der Kommunikation.

Der politische Film hat andere Themen: Arbeitsprobleme, Jugend- und Frauenbewegung, Militarismus, Imperialismus, Repression. Er will gerade zeigen, dass die Erfahrungen, Probleme und Bedürfnisse des einzelnen nicht nur persönlich, zufällig sind. Solche Inhalte verlangen eine neue Art von Vorführung. Es reicht nicht aus, dass sich der einzelne betroffen fühlt. Es soll ihm auch die Möglichkeit gegeben werden, sich seinerseits zu äussern, seine eigenen Erfahrungen mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu formulieren. Decken sie sich mit dem im Film Gesehenen? Wie stehen die Kollegen dazu? Welches sind ihre Erfahrungen? Was können wir, was wollen wir dagegen tun?

Die Alternative: Filmcooperative Zürich

Aufgrund der Erfahrungen, die sie im ehemaligen Filmklub DAF (Der andere Film) in Zürich gemacht hatten, gründeten einige Leute 1972 die Genossenschaft Filmcooperative Zürich.

Die «Filmcopi»

Ihr Zweck ist die «*Beschaffung und der Verleih von zeitkritischen und künstlerisch wertvollen Filmen. Sie fördert nach Möglichkeit die Herstellung von einheimischen Filmen, die inhaltlich der Zielsetzung der Filmcooperative entsprechen oder nahestehen*» (Statuten vom März 1972).

Die Genossenschaft verleiht nicht nur politisch wichtige Filme, sondern sie beteiligt sich auch an der Gestaltung der Filmvorführung. Sie informiert und berät die Veranstalter, sie stellt zu den Filmen und ihren Themen Dokumentationen bereit, sie animiert die Diskussion im Publikum. Besonders geeignet für diesen Typus von Vorführung sind Filme wie «Krawall», «Histoires d'A», «Ein Streik ist keine Sonntagsschule», «Kaiseraugst». Die Filmemacher selbst begleiten ihre Filme in die Vorführungen. Sie können ihre Filme nicht isoliert von der Bevölkerung machen, wollen mit ihrem Publikum ins Gespräch kom-

Fortsetzung auf Seite 4

Grundsätze zur Lehrerentlassung

Amtsstempel für Staatsfeinde

Erwin Steiner, Sekundarlehrer, darf an Zürcher Schulen nicht unterrichten. Steiner hat nach seiner Verurteilung als Dienstverweigerer aus Gewissensgründen mehrere Praktika und Vikariate betreut. «Die diesbezüglichen Berichte lauten gut bis sehr gut», urteilte der Erziehungsrat. Trotzdem verweigert der Zürcher Erziehungsrat unter dem Vorsitz von Alfred Gilgen dem jungen Sekundarlehrer den Schuldienst. Er stützt sich dabei auf selbst geschaffene «Grundsätze» zur Anstellung von dienstverweigernden Lehrern, die von Zürcher Lehrern den Nachweis einer staatstreuen weissen Weste verlangen. Mit einem skandalösen Verfahren («Aufgrund der Akten ist anzunehmen . . .) hat der Erziehungsrat seinen Erlass an drei Lehrern ausprobiert: zwei bestanden, Steiner fiel durch.

Der Zürcher Erziehungsdirektor Alfred Gilgen hat im Erziehungsrat Grundsätze durchgeboxt, mit Hilfe deren die Entlassung von sogenannten Staatsfeinden und Dienstverweigerern aus dem Schuldienst zum Verwaltungsgeschäft wird, wie etwa der Bau eines neuen Schulschwimmbekkens. Was bisher als Willkürakte die Öffentlichkeit empörte, etwa die Kaltstellung des Mathematiklehrers Jürg Jost, soll jetzt Regel werden: mit den *«Grundsätzen betreffend die Beschäftigung von Lehrern im kantonalzürcherischen Schuldienst nach Verurteilung wegen Dienstverweigerung oder Aufforderung und Verleitung zur Verleizung militärischer Dienstpflichten».*

Die Staats-Treue-Prüfung

Der Gilgen-Erlass kennt drei Sorten Lehrer, die den Zürcher Eltern und Kindern nicht oder nur mit schweren Bedenken zugemutet werden können.

- Staatsfeinde: Das Wählbarkeitszeugnis kann verweigert oder später erteilt werden, «wenn die Vertrauenswürdigkeit wegen staatsfeindlicher Tätigkeit fehlt». Ist der Betreffende bereits Lehrer, so «kann der Erziehungsrat das Wählbarkeitszeugnis vorübergehend oder dauernd entziehen».
- Liegen gegen einen Lehrer Urteile wegen Dienstverweigerung oder «Aufforderung und Verleitung zur Verletzung militärischer Dienstpflichten» (Art. 98 Militärstrafgesetz und Art. 276 bürgerliches Strafgesetz) vor, so wird sein Eintritt in den stattlichen Schuldienst grundsätzlich verweigert. Steht er bereits im Schuldienst, so ist seine Entlassung beziehungsweise der Entzug des Wählbarkeitszeugnisses dem Erziehungsrat zu beantragen».
- Wurde ein Lehrer wegen Dienstverweigerung aus religiösen oder ethischen Gründen in schwerer Gewissensnot verurteilt, «so ist seine Vertrauenswürdigkeit bezüglich seiner Haltung zum Staat in Zweifel zu ziehen. Eine Weiterbeschäftigung oder Anstellung als Lehrer ist grundsätzlich zu überprüfen.» Dies gilt besonders, wenn er «in der Schule oder in der Öffentlichkeit für die Dienstverweigerung eintritt oder eingetreten ist beziehungsweise einer Vereinigung angehört oder angehört hat, welche diesen Zweck verfolgt». Gelingt es einem Lehrer nicht, mit einem «Entlastungsbeweis» die behördlichen Gewissensprüfer von seiner Staatstreue zu überzeugen, wird er nicht eingestellt oder entlassen.

Der Zürcher Regierungsrat hat diesen Grundsätzen zugestimmt und will sie «sinngemäss auch auf Mittel- und Hochschullehrer anwenden».

Damit

«Aufgrund der Akten ist anzunehmen . . .»

Der Erziehungsrat hat seinen Staatstreue-Test bereits mit drei Volksschullehrern durchgespielt. Zwei dürfen weiter unterrichten, Steiner blitzte ab. Es lohnt sich, die Begründung genau zu lesen:

«Wie sich aus den Akten ergibt, ist der Einsprecher vom 6. Februar 1972 bis 3. Juli 1975 mindestens zweimal in der Öffentlichkeit für die Dienstverweigerung eingetreten: Er verteilte am 6. Februar 1972 auf dem Kasernenareal des Waffenplatzes Kloten/Bülach in Bülach vor dem Wachtlokal armeefeindliche Flugblätter und nahm am 3. Juli 1975 in der Universität Zurich an einer Versammlung mit Diskussion im Zusammenhang mit der Abweisung seines Antrages durch die Personalkommission des Erziehungsrates, ihn wieder zum Schuldienst zuzulassen, teil. Auf Grund der Akten ist anzunehmen, dass der Einsprecher mindestens bei den zwei erwähnten Gelegenheiten für die Dienstverweigerung eingetreten ist. Des weiteren geht aus den Akten hervor und wird vom Einsprecher auch nicht bestritten, dass er während einiger Zeit Mitglied der Internationale der Kriegsdienstgegner gewesen ist. Noch im November 1973 wurde er an der Jahresversammlung der Internationale der Kriegsdienstgegner in den Vorstand gewählt. Schon aus diesen Gründen wäre eine Einsprache abzuweisen.»

Mehr über Repression an Schweizer Schulen erfahren Sie in «das konzept» Nr. 11/74 («So frei sind unsere Schulen»), in Nr. 6/75 («Weissbuch über Repressionsfälle im Erziehungssektor») und in Nr. 7/75 («Comeback des Rohrstocks»). Jede Nr. ist gegen 1.50 Fr. erhältlich bei «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

Der Erziehungsrat fragt sich weiter, ob denn ein solcher Lehrer Geschichtsunterricht erteilen könne. Dort müsse er ja auch auf die Aufgabe und die Rolle der Armee, vor allem im Zweiten Weltkrieg, eintreten. Angesichts seiner Einstellung zur Armee sei deshalb *«nicht von der Hand zu weisen»*, dass Steiner entweder *«in seinem Unterricht den Lehrplan offensichtlich verletzen oder wiederum in eine echte Gewissensnot versetzt»* würde.

Geheime Akten, falsche Vorwürfe

Schauen wir uns die vier Vorwürfe näher an, die in Zürich genügen, einen besten qualifizierten Lehrer zum Staatsfeind zu stempeln:

- Steiner hat in Bülach auf öffentlichem Grund und nicht auf dem Kasernenareal Flugblätter verteilt. Bezirksgericht und Obergericht haben ihn deshalb vom Vorwurf des widerrechtlichen Flugblattverteilens freigesprochen. Das Flugblatt rief in keiner Weise zur Dienstverweigerung auf. Es war ein Protest gegen Prof. Daniel Freis Rekrutenbefragung.
- Steiner hat im Juli an einer Informationsveranstaltung an der Uni über seinen Fall informiert. Er hat die Versammlung nie auch nur im geringsten zur Dienstverweigerung «verleitet». Es ging einzig um die Information der Öffentlichkeit in seinem Fall.
- Steiner war bis vor einem Jahr Mitglied der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK). Die IdK ist ein Verein, gemäss Bundesverfassung, der den Zweck hat, «mit gewaltfreien Mitteln eine Veränderung der Gesellschaft herbeizuführen». Die IdK ist weder verfassungswidrig noch staatsfeindlich. Der Erziehungsrat verliert kein Wort über die IdK, die angeblich öffentlich zur Dienstverweigerung aufruft. Gilgen unterschiebt der IdK Ziele und Taten, die er nicht belegen kann.
- Die «Argumentation» mit dem Geschichtsunterricht trifft auch auf Dienstverweigerer aus ethischen oder religiösen Motiven zu. Sie steht damit im Widerspruch zu den Gilgen-«Grundsätzen». Sie ist abgesehen davon sowieso nicht haltbar. Schon gar nicht, wenn der Erziehungsrat einem Lehrer Vorwürfe macht, bevor er sich überhaupt im Unterricht etwas zuschulden kommen lässt.

«Wie sich aus den Akten ergibt . . .», «Aufgrund der Akten ist anzunehmen . . .»: Das sind Unterschiebungen, Vermutungen, aber keine rechtsgültigen Beweise. Steiner hat diese Akten nie gesehen, auch die Öffentlichkeit nicht. Der Erziehungsrat nimmt einen strafrechtlichen Tatbestand aufgrund geheimer Akten einfach an. Gilgen ermittelt, klagt an, beweist (mit geheimen Beweisen), schafft sich das Gesetz (Grundsätze), und richtet in eigener Sache. Das Volk, das ihn bis 1979 wählte, wird nie befragt, kaum mehr informiert. Gilgen 1975: «Es ist mir egal, mit Kanonen auf Spatzen zu schiessen, Hauptsache, ich treffe.»

Konrad Fisler

Willkür zur Normalität erhoben

«Demokratie? Das heisst Volksherrschaft. Aber davon sind wir noch weit entfernt. Was wir haben, ist mehr für den Sonntag. Aber was wir brauchen, ist eine Demokratie für den Werktag.» Spanienkämpfer Jonny Linggi im Dindo-Film «Schweizer im spanischen Bürgerkrieg», vom Schweizer Fernsehen zensuriert.

Sonntags. «Die Schweiz ist ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat.» Diese Dreieinigkeit von individuellen Freiheitsrechten, demokratischem Entscheidungsprozess und rechtsstaatlichen Normen geht hiesigen Festrednern so leicht über die Lippen wie Pfaffen das Vaterunser.

Werktags. Lehrer verlieren im Namen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates ihre Stelle, weil sie sich das Freiheitsrecht herausnehmen, nicht nur eine eigene Meinung zu haben, sondern diese auch zu äussern. Beispielsweise an antifaschistischen Demonstrationen, in armeekritischen Flugblättern oder durch Verweigerung des Militärdienstes.

Solche Berufsverbote häufen sich; alle paar Monate einige Zeitungsschlagzeilen. Man kennt sie, die Fälle der Froidevaux, der Jost. Obschon die Kaltstellung von Nonkonformisten, Oppositionellen und Linken in der Schweiz weiss Gott keine Erfindung der 70er Jahre ist, erregten diese Fälle dennoch ein jeder für sich Aufsehen. Man verstand sie weitherum als Willkür, als Verstoss gegen die demokratischen Regeln, als Ausnahmefälle.

Das soll nun alles besser werden. Die Ausnahme wird zur Regel erklärt, die Willkür zur Normalität erhoben. Zürichs Schulvogt Gilgen und seinen Erziehungsräten hat es beliebt, sogenannte «Grundsätze» zu erlassen: normale Dienstverweigerer verlieren Lehrerstellen automatisch, Staatsfeinde in der Regel, und ethische/religiöse Dienstverweigerer werden von der Gilgenschen Inquisition auf demokratisches Herz und rechtsstaatliche Nieren untersucht. Ein schöner Brauch der Inquisition wurde gleich mitübernommen: Den Beweis haben nicht die Inquisitoren zu führen, sondern der Geprüfte. Ihm soll grosszügigerweise Gelegenheit zum Entlastungsbeweis geboten werden.

Dank Gilgens «Grundsätzen» – er spricht bezeichnenderweise nicht von einer Verordnung oder einem Reglement – haben die Berufsverbote eine neue Qualität, ein anderes Niveau erreicht. Berufsverbote sind nun keine politischen Entscheide mehr, sondern administrative Amtshandlungen. Nicht mehr Politiker haben für jedes einzelne Berufsverbot gradezustehen. Es geht nur noch darum, ob die Beamten der Exekutive korrekt exekutieren. Ob Subventionen für eine neue Turnhalle oder Anstellung eines mutmasslichen Staatsfeindes – ein pflichtbewusster Beamter wird die Sache ordnungsgemäss regeln. Getreu den «Grundsätzen».

Der nächste Schritt in der Vervollkommung der Berufsverbotsgerechtigkeit wird wohl die Anpassung an die deutschen Verhältnisse sein: Einführung eines differenzierten Punktesystems: Bis 49 Punkte anstellen, ab 50 Strafpunkten Staatsfeind.

Der «Tages-Anzeiger»-Kommentator sass der Gilgenschen Normalisierung der Berufsverbotspraxis voll auf: «Dass der Erziehungsrat Grundsätze für die Beschäftigung von Dienstverweigerern im kantonalzürcherischen Schuldienst erlassen hat, ist zu begrüssen. Damit hat er den bis jetzt eher willkürlich gefällten Entscheiden seiner Personalkommission klare Richtlinien entgegengestellt.» Es gibt halt nicht nur Fachidioten, es gibt auch Staatsautoritätsidioten. Der «Tagi»-Kommentator gehört zur zweiten Sorte. Was die Grundsätze beinhalten, interessiert ihn schon gar nicht mehr. Hauptsache, an die Stelle der bisherigen Willkür sind klare Richtlinien getreten. Um es mit einem drastischen Vergleich zu sagen: Die Nazis hatten herrlich klare Grundsätze. Volljuden, Halbjuden, Vierteljuden. Keine Willkür, alles schön geregelt. Klare Grundsätze.

Vielleicht erscheint dereinst einmal der Quellenband «Wie die schweizerische Demokratie im Namen der Demokratie abgeschafft wurde». Untertitel: «Eine Demokratie, die zu Tode geschützt wurde». Motto: «Faschismus bedeutet nicht mehr die Einnahme des Staates durch eine rechtsextreme Partei, sondern die Einnahme des Landes durch den Staat.» Gilgens Grundsätze werden im ersten, vielleicht im zweiten Kapitel stehen.

Jürg Frischknecht

Alle Affen . . .

Fortsetzung von Seite 3

men, seine Bedürfnisse besser kennenlernen. Sie erfahren im unmittelbaren Kontakt, wie ihr Werk von den Angesprochenen aufgenommen wird, was es ihnen sagt. Sie sind nicht mehr auf diffuse Rückmeldungen angewiesen wie: «Seit fünf Wochen ausverkauft», «Wegen anhaltenden Erfolgs prolongiert», «Spontaner Applaus nach der Vorstellung» usf.

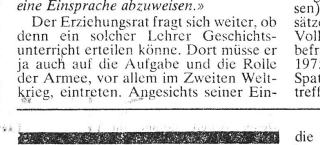
Die Anonymität der kommerziellen Kino-»Öffentlichkeit» wird damit aufgehoben. Auch von den Zuschauern her werden Barrieren abgebaut: Zum einen sehen sie die Leute, die den Film machten, leibhaftig vor sich, können mit ihnen sprechen und diskutieren, sie zur Rechenschaft ziehen, ihnen Anregungen geben. Die Filmcooperative versucht auch, Kenntnis über die Technik und die Möglichkeit der Filmvorführung zu verbreiten, um die Distanz abzubauen, die durch die technische Apparatur zwischen Spezialisten und Laien geschaffen wird.

Die den Zielsetzungen der Filmcooperative nahestehenden Filmer und Filmtechniker haben sich im Sommer 1975 im *Filmkollektiv Zürich AG* zusammengeschlossen. Durch den gemeinsamen Besitz der technischen und finanziellen Mittel zur Filmproduktion will das Kollektiv seine Arbeitsmöglichkeiten verbessern, um gesellschaftlich nützliche und notwendige Filme zu machen, die für die umfassende politische Filmarbeit geeignet sind. Eine Finanzquelle eröffnet sich dem Kollektiv durch die Vermietung des technischen Materials und der Einrichtungen.

Die «Filmcopi» ist durch ihren Zusammenschluss mit den Filmern des Filmkollektivs zur echten Alternative geworden: Filmer, Filmtechniker, Verleiher, und Operateur arbeiten nicht mehr isoliert voneinander «alternativ», sondern sie versuchen die Arbeit von der Produktion bis zur Vorführung in neuen, dem politischen Verständnis entsprechenden Formen zu organisieren.

Silvia Brüderli

Unser Briefkasten für Ahnungslose



Herr *S. G.* in *B.*, Ihre Kritik am Vorgehen zahlreicher Arbeitgeber, angesichts der «entspannten Lage auf dem Arbeitsmarkt» ihre bisherigen Angestellten *nur noch mit Lohnkürzungen von 30 und mehr Prozent weiterzubeschäftigen*, ist völlig einseitig. Sie übersehen dabei schlichtweg, dass die betroffenen Arbeitnehmer zumeist nun auch mehr Arbeit leisten müssen, zuweilen bis zu 50 Prozent. Es handelt sich somit nicht um eine «üble Praktik», wie Sie schreiben, sondern um einen *fairen sozialpartnerschaftlichen Ausgleich*. Und im übrigen ist darauf hinzuweisen, dass in der freien Schweiz immer noch jedermann frei ist, zu den ihm angebotenen Bedingungen zu arbeiten oder nicht.

*

Sie sind besorgt, Frau *F. B.* in *B.*, dass in der Schweiz eine ähnliche Regelung zur Bekämpfung des Bevölkerungsschwunds getroffen werden könnte wie in Frankreich. Dort ist es jetzt ja so, dass Männer unter 22 Jahren, die bereits Vater geworden sind, vom Militärdienst befreit werden. Da in der Schweiz die Verhältnisse ganz anders liegen (zu knappe Mannsbestände in der Armee), muss nach einer spezifisch schweizerischen Lösung gesucht werden. Die Bundesräte Furgler und Gnägi haben bereits gemeinsam einen Verfassungsartikel ausgearbeitet, der die *allgemeine Zeugungspflicht* vorsieht. Danach werden Schweizer Bürger, die bis zum 30. Altersjahr kein Kind gezeugt haben, zu einem Nachzeugungskurs in eines der eidgenössischen Zeugungshäuser aufgeboten. Wer diesem Aufgebot keine Folge leistet, wird als *Zeugungsverweigerer* vor Militärgericht gestellt. Mit diesem Verfahren gelingt es gleichzeitig, die Arbeitsplätze unserer Militärrichter zu sichern, die durch die bevorstehende Einführung des Zivildienstes ernstlich gefährdet sind.

*

Es stimmt nicht, Frau *P. O.* in *CH.*, dass ich mich im Dezember gegen die *40-Stunden-Woche* ausgesprochen habe. Das war die Meinung von Herrn *S. G.* in *B.*, nicht die meine. Nachdem jetzt erwiesen ist, dass viele Arbeiter und Angestellte sogar in 35 Stunden mehr leisten können als vorher in 44, wenn sie nur richtig müssen und durch die Angst um den Arbeitsplatz besser motiviert sind, habe ich rein nichts gegen Arbeitszeit- und Lohnkürzungen.

*

Lieber Herr *C. N.* in *G.*, Ihre Frage, warum es 1976 *keinen 13. Monat mehr gibt*, ist sehr einfach zu beantworten. Schauen Sie einmal im Kalender nach! Zudem müssen Sie sich damit vertraut machen, dass 1976 eben ein Umschaltjahr ist.

Freundlichst Ihr Onkel Adolar

SSS studenten-schreib-service

Dissertationen Lic.- und Sem.-Arbeiten

- vorschriftsgemässe und rasche Ausführung
- druckfertig ab Manuskript, inkl. Korrektur
- deutsch, englisch, französisch
- IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Filmband (besonders geeignet für Offset)
- 20 verschiedene Schriften
- Offsetdruck (4 Tage Wartefrist) Preisliste anfordern!

Die Erfahrung zeigt, dass eine sorgfältig und fachmännisch ausgeführte Reinschrift den Gesamteindruck entscheidend verbessert.

Rufe uns einfach an oder komme vorbei (3 Min. von der Uni Zürich!).

TEL. (01) 32 06 76

Universitätstr. 33, 8006 Zürich

1976 nach den USA

im Sommer als **Camp Counselor;** als Teilnehmer an einer **Hospitality Tour.**

Auskünfte durch:

International Summer Camp
Postfach 406, 5401 Baden
Tel. (056) 22 32 60

Zählen Sie sich lieber zur schweigenden Mehrheit als zu einer engagierten Minderheit?
Weiterlesen auf Seite 7

Spielregeln

zum nebenstehenden Arbeits-Los-Spiel

Jede Ähnlichkeit mit wirklichen Vorgängen und Ereignissen ist unbeabsichtigt und ist auf die unkontrollierte Phantasie der Spieler bzw. Leser zurückzuführen.

Material:
Für das Spiel werden benötigt: 2 Würfel, ein Fünffrankenstück und pro Spieler eine farbige Spielfigur. Ferner ein Blatt Papier und ein Schreibstift.

Grundsätzliches:
Jeder Spieler bzw. jede Spielfigur verkörpert einen Arbeitnehmer. Vom *«Stellenantritt»* (Start) bis zur Entlassung oder zum Stellenwechsel bekleidet er eine Stelle bei *einem* Arbeitgeber.
Es gibt im Spiel *Konjunkturphasen* und *Rezessionsphasen,* und zwar solche, die alle einzelne Spieler betreffen *(Branchen-Rezession* bzw. *-Konjunktur),* und solche, die alle Spieler betreffen *(allgemeine Konjunktur/Rezession).* Es gibt dementsprechend einen *Konjunktur-Kreislauf* «K» (unten) und einen *Rezessions-Kreislauf* «R» (oben). Die *allgemeine Wirtschaftslage* wird durch das Fünffrankenstück angezeigt, das entweder im Konjunktur- oder im Rezessions-Kreislauf liegt. (Wie der Wechsel der Wirtschaftslage erfolgt, wird weiter unten erklärt.)

Spielbeginn:
Bei Spielbeginn herrscht *allg. Konjunktur* (Fünfliber im K-Kreislauf). Jeder Spieler stellt seine Figur auf die *Stellenvermittlung* und dann wird reihum gewürfelt, grundsätzlich mit zwei Würfeln.
Mit einer 6 gelangt man auf *Stellenantritt,* mit 2×1 ins *Stempellokal* (von dort mit einer 6 wieder auf die Vermittlung).
Vom *Stellenantritt* aus rückt man pro gewürfelten Punkt einen Tag vor und schwenkt nach bestandener Probezeit in den Konjunkturkreislauf ein (Pfeilrichtung!).

Dienstjahre:
Jedes Passieren des Feldes *«Freitag, der 13.»* ergibt für den betreffenden Spieler ein *Dienstjahr,* das auf einem Blatt mit einem Strich notiert wird. Wechselt ein Spieler die Stelle, so müssen die neuen Dienstjahre von den alten separat vermerkt werden.

Freitag, der 13.:
Landet ein Spieler genau auf diesem Feld, würfelt er noch einmal und liest dann die entsprechende Anweisung in der Mitte jenes Kreislaufes, den er eben absolviert hat.

Wechsel der individuellen Wirtschaftslage:
Beim Passieren des «Freitag, 13.» und beim Einschwenken aus der Probezeit bleibt der Spieler normalerweise im selben Kreislauf wie zuvor. Ein Wechsel findet nur statt,
- wenn der Spieler auf *«Freitag, 13.»* entsprechend würfelt, oder
- wenn die *allg. Wirtschaftslage* vom eigenen Kreislauf in den andern wechselt (von K zu R, während man in K weilt, oder von R zu K, während man in R weilt). In diesem Fall wechselt man den Kreislauf beim nächsten Durchgang beim «Freitag, 13.»

Wechsel der allg. Wirtschaftslage:
Ein solcher findet statt, sobald mindestens die Hälfte der Spieler in den andern Kreislauf hinüber geraten ist, oder wenn das entsprechende Ereignis am «Freitag, 13.» eintritt. Das Fünffrankenstück wird in den andern Kreis verlegt.

Überholen: (fakultative Regel)
Wer in *K* einen Mitspieler auf einem *Werktag* überholt, darf ihm beim nächsten Würfeln einen Würfel wegnehmen und für seine eigene Figur werfen. In *R* dasselbe die *drei* nächsten Male.

Generalstreik:
Der Generalstreik für das *«Recht auf Arbeit»* wird entweder durch «Freitag, 13.» ausgelöst oder kann von *zwei Spielern im Stempellokal* ausgerufen werden. Jeder Spieler kann entscheiden, ob er mitstreiken oder als Streikbrecher weiter Runden drehen will. *Streikbrecher* dürfen während des Streiks nur einen Würfel benützen.
Die *Streikenden* würfeln normal, rücken aber nicht vor. Die gesamte Punktzahl aller Streikenden wird gemittelt und entspricht dem Ergebnis der Streikrunde:
7,8–12 Punkte: Arbeitgeber und Regierung müssen die Streikforderung akzeptieren; das «Recht auf Arbeit» wird garantiert, das *Stempellokal geschlossen.* Jeder Stellenlose geht künftig direkt auf die *Vermittlung* und kommt mit einer 4, 5 oder 6 auf *Stellenantritt.* Den Streikenden wird je ein Dienstjahr gutgeschrieben, ausserdem sind sie während der nächsten zwei Runden vor jeder Entlassung geschützt.
5,5–7,7 Punkte: Die Gewerkschaften handeln mit der Regierung einen Kompromiss aus. Das «Recht auf Arbeit» wird nicht garantiert, aber der Staat schafft für die Stellenlosen nach Möglichkeit Arbeitsplätze. Vom *Stempellokal* in die *Vermittlung* bzw. von da auf den *Stellenantritt* genügt eine 5. Die Streikenden rücken je vier Wochen vor, sind aber nachher nicht besonders geschützt.
2–5,4 Punkte: Mangels guter Führung bricht die Solidarität auseinander, der Streik ist gescheitert. Die Streikenden werden in Probezeit gesetzt (auf *Montag nach Start),* derjenige mit den wenigsten Dienstjahren in der gegenwärtigen Firma gilt als Drahtzieher und wird fristlos entlassen (auf *Stempellokal).* Die Streikenden können das Ergebnis einer *Streikrunde* akzeptieren oder aber weiterstreiken. Nach der dritten Runde muss der Streik abgebrochen und das Ergebnis angenommen werden.

Spiel-Ende und Sieger:
Variante A: Sobald ein Spieler 10 Dienstjahre insgesamt hat, kann er den Ruhestand antreten. Er hält auf «Freitag, 13.» an (auch wenn er weiter gewürfelt hat) und spielt von da aus mit *einem* Würfel Richtung *Ruhestand* weiter. Dort muss er mit der exakten Punktzahl landen. Der erste Spieler im Ruhestand ist Sieger usw.
Variante B: Man spielt ohne Ruhestand und bricht das Spiel nach einer bestimmten Zeitdauer ab. Wer am meisten Dienstjahre auf dem Buckel hat, ist Sieger usw.
Am Schluss geht es noch um den *Fünfliber.* Es gibt drei Möglichkeiten: 1. Man gibt ihn dem Sieger; das ist die kapitalistische Variante. 2. Man gibt ihn dem Verlierer; das ist die soziale Variante. 3. Man zahl ihn ein auf *PC 80-37626, «das konzept», Zürich, Spielfonds;* das ist die nützlichste Variante.

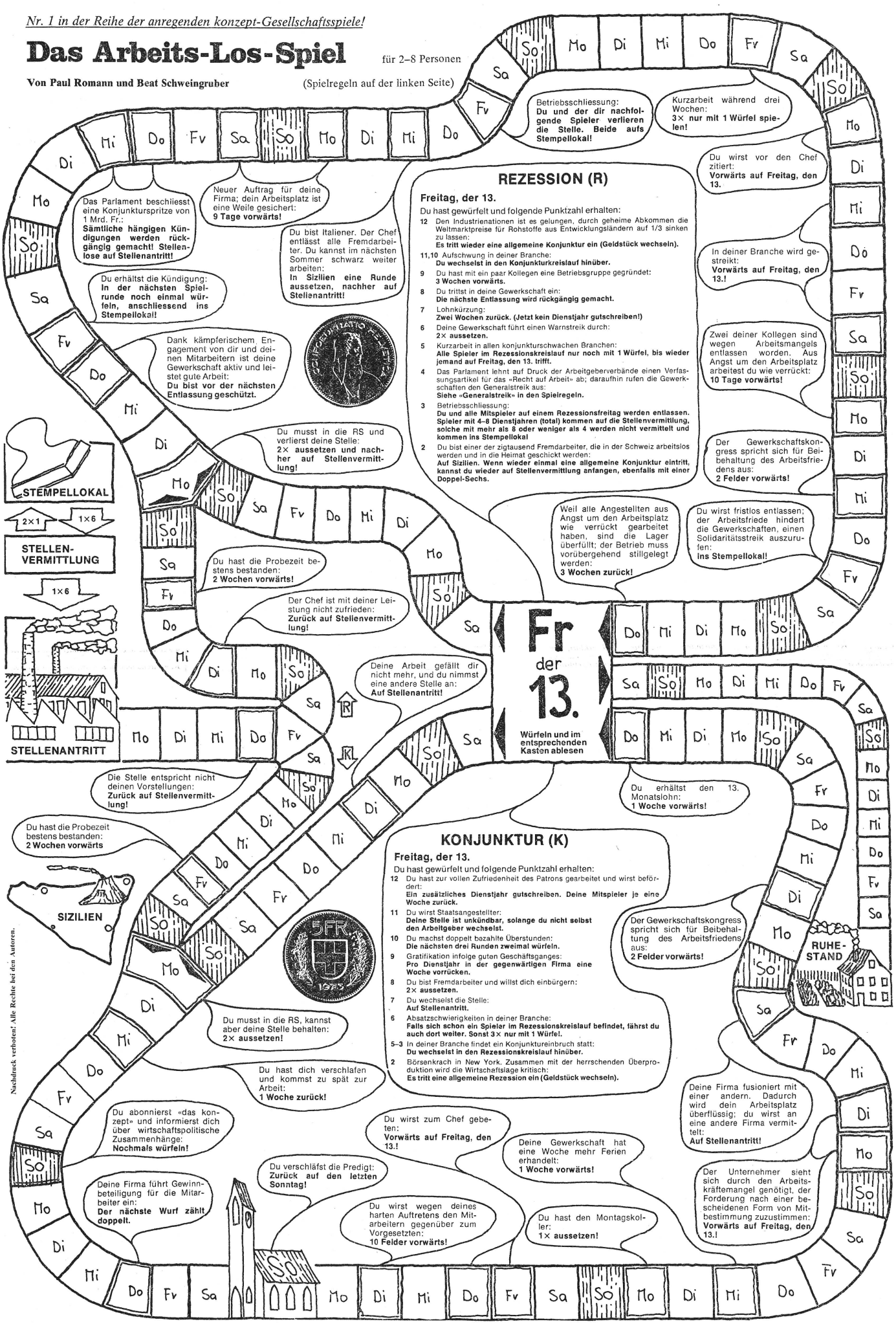
Nr. 1 in der Reihe der anregenden konzept-Gesellschaftsspiele!

Das Arbeits-Los-Spiel

für 2–8 Personen

Von Paul Romann und Beat Schweingruber

(Spielregeln auf der linken Seite)



Nachdruck verboten! Alle Rechte bei den Autoren.

SCHNEE

LEYSIN 24.-31.1. HOTEL UNIVERSITAIRE HALBPENSION FR. 175.-

ANDERMATT 21.-28.2. HAUS BONETTI HALBPENSION FR. 196.-

SCHULS 21.-28.2. HOTEL QUELLENHOF HALBPENSION FR. 217.-

SCHPORT

SSR SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST
Basel, Bern, Luzern, St.Gallen, Zürich

Eine Dienstleistung des SSR zusammen mit «das konzept»:

gratis **kannst du in der Rubrik «Reis mit!» einen Reisepartner oder eine Reisepartnerin suchen.**

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte; jede Zahl gilt als 1 Wort. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einsenden an **«das konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Einsendeschluss für die Februarnummer: 8. 2. 76.**

Zwei mit Zelt suchen zwei mit Auto! Sie (21) und er (24) erhoffen sich eine gemütliche Reise durch **Südosteuropa** (Sommerferien, ca. 3 Wochen). Wir helfen gerne fahren und finanzieren. Claudia Blattmer, Feldhofstrasse 18, Uster, (01) 79 70 64.

Suche Begleiter(in) für Reise durch die **Türkei, Persien, Afghanistan, Pakistan, Indien und Nepal.** Start Frühjahr 76, Dauer ca. 1 Jahr, Michel Erich (22), Haldenstrasse 7, 4600 Olten.

Wer kommt Juni–Okt. 76 auf einen Motorradtrip **(Europa/Nordafrika)**? Geldbedarf ca. 3500 Fr. Interessent(inn)en wenden sich an A. Amrein, Bergstr. 23, 8044 Zürich, Tel. (01) 47 00 46.

Ex-Studentin, 22, sucht Reisepartner/in(nen) bis 23 Jahre für eine Reise per **Interrailabonnement.** Termin: zwischen 3. Juli und 8. August 1976, ca. 1 Monat. Alles Weitere (Reiseziele, Anzahl Mitreisende usw.) offen. Anfragen an: Renate Kinzl, Messerliweg 25, 3027 Bern, Tel. (031) 56 05 46.

Junges Paar mit VW-Bus sucht Mitreisenden mit eigenem Bus für **Asientour.** Oktober 76. Dauer ca. 6 Monate. E. Monti, Rudenzweg 51, 8048 Zürich, Tel. (01) 52 45 52.

Wer geht mit mir ab 26. April 76 für drei Monate nach **Paris** ins Eurocenter? Eventuell anschliessend noch Ferien in Frankreich. Waltraud Liebig, Bergstr. 55, 8032 Zürich.

Reiseerfahrener Berner Student, 25, phil. nat., sucht unternehmungslustige Skifahrerin und Reisebegleiterin für Skipläusche, Reisen und Trekkings innerhalb und **ausserhalb Europas** (Anden-, Himalajaländer usw.). Meine Interessen: fremde Kulturen, Natur, Photographie . . . E. Festel, Birkenweg 4, 3028 Spiegel BE.

Türkei/Irak/Persien. Architekturstudent mit Interesse an Kultur und Geographie sucht Reisepartner/-in für 7monatige Reise mit Pkw oder Zug/Bus. Start April 76. Urs Dietler, c/o Ivano Gianola, 6835 Morbio-Superiore. Tel. (091) 43 43 30.

Suche selbständige, fröhliche Reisegefährtin für **Afrika-Trip** ab Frühling. Hast du Freude an fremden Kulturen und würdest gerne eine Zeitlang in einem afrikanischen Dorf leben, dann schreib mir. Werner Bossardt, Sonnhalde 573, Flamatt. Tel. (031) 94 24 36.

2.-Jahr-Apothekerhelferinstift sucht reiselustiges Girl zwecks **Skiferien** vom 8. bis 14. 2. 1976. Da ich fast immer «stier» bin, bevorzuge ich es, superbillige Ferien zu machen. Sonja Wettstein, Churerstrasse 104, 8808 Pfäffikon SZ, Tel. (055) 48 18 63.

Sind Sie ein Konsumfan?
Weiterlesen auf Seite 7

Musik für
Bratsche

Führer durch die heute zugängliche Literatur für Viola, 150 Seiten, Fr. 12.–.

Zu beziehen bei Dr. K. Ewald, Spittelerstrasse 7, 4410 Liestal

Psychodrama-Gruppen
für Studenten mit Lernschwierigkeiten, Hemmungen, Examensangst, Konzentrationsstörung
Wöchentlich 1 Sitzung zu 2 Stunden
Leiter: Dr. phil. M. Achtnich
Phönix-Haus, Psychologisches Institut, für Einzel- und Gruppentherapie
Apollostrasse 19 (b. Kreuzplatz)
Tel. 34 57 00
Anrufe wenn möglich Di, Mi, Fr, je 10–13 h

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27

treff punkt

ZH/BE: Mann, 28/175/65, sucht «Bi» od. hom. Freund für Plausch zu zweit. Bist Du 20–28 J. und lieb, so schreibe mir bitte, evtl. mit Bild! Chiffre 1318, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student, ZH, 22/175, sucht lieben, zärtlichen Freund bis 25. Ich bin ein junger, homosexueller Mann mit vielen Interessen. Bildzuschriften beantwortet diskret Chiffre 1317, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

21jähriger kenyanischer Bauingenieur-Student an der Technischen Hochschule in Nairobi sucht Brieffreund(in) in der Schweiz. Korrespondenz in englischer Sprache. Chiffre 1313, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Gutaussehender Student (23, BE) sucht einen Freund (bisexueller Lehrer bzw. angehender Lehrer bevorzugt) zum Aufbau einer vielseitigen Beziehung. Chiffre 1248, Mosse Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH: Sportlicher, gutaussehender junger Mann möchte sympathischen und normal aussehenden Homophilen (20–30) evtl. mit bisexuellen Interessen kennenlernen. Bildzuschrift, 100% Diskretion, an Chiffre 1249, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ernsthaft partnersuchende Damen und Herren haben sich zusammengeschlossen und wollen **dem Zufall gemeinsam etwas nachhelfen.** Dazu veranstalten wir am 30. Januar in Zürich einen gemütlichen Abend mit Tanz. Sind Sie aufgeschlossen und geistig anspruchsvoll, dann lassen Sie uns rasch Ihre ausführliche Zuschrift mit Bild und Telefonnummer zukommen. Chiffre 1283, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

BE: Student, attraktiv, sportlich, sucht Freund bis 25. Ich mochte **unkomplizierte und aufrichtige Freundschaft.** Schreib mir, und Du wirst nicht enttäuscht. Diskretion. Chiffre 1284, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Mann ohne Eigenschaften sucht Frau ohne Eigenschaften. An Chiffre 1229, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Gesucht Girl aus Kt. AG oder SO. Weihst Du mich in die Liebe ein? Bin 22/189 und Student. Vielseitig interessiert. Du brauchst nicht Stud. zu sein. Schreib mir bald an Chiffre 1228, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ich, 22/174, suche zärtliche, **hübsche Freundin** zum Lieben und Verwöhnen. Deine Bildzuschrift erreicht mich unter Chiffre 1210, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

BE, Nichtstudent, 25, mit Bart, ruhiger Typ, sucht Liebe und Zärtlichkeit. Bildzuschriften beantwortet diskret Chiffre 1209, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH, Arch. 180/35, Bi-Homosex., sucht eine hübsche intelligente, eher aktive Freundin, die mein Leben und meine Interessen (Kunst, Film) teilen und evtl. mit mir zusammenwohnen möchte. Chiffre 1193, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Geiler, sportlicher Student (23/185) sucht sinnenfreudige, rassige Eva zwecks nächtlicher Bocksprünge zum gemeinsamen Studium. Scharfes Bild erwünscht Bruder Klaus von der Flue. Chiffre 1191, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Hobbyphotograph sucht dringend Superboy (16–22) **mit zärtlichem Gesicht** (kein Bart oder Schnauz, lange Haare besser) zwecks Experimentalphotographie. Nur Bildzuschriften werden beantwortet/ZH. Chiffre 1192, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Grafiker, 25, schlanker, männlicher Typ, sucht kunstinteressierten Boy, 20 bis 35 (femininer Typ erwünscht). Raum Zürich, Zug, Luzern. Bildzuschrift bitte an Chiffre 1148, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Raum rechter Zürichsee. **Ich bin 27/170, kreativ, Musikpädagoge,** suche Kontakt zu beziehungsfähigem Mädchen (Frau) mit emanzipierter Reife. Deine Bildzuschrift erreicht mich unter Chiffre 1149, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH/BS: Gut gebaute Spielgefährtin gesucht von schlankem, gutaussehendem Ex-Studenten. Für Abende zu zweit. Fühlst Du Dich angesprochen? Bildzuschriften bitte an Chiffre 1172, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

BE: Sportlicher und gutaussehender Student, 22/180, sucht romantische und hübsch aussehende Eva für Stunden der Zweisamkeit und weiteres mehr. Jede Bildzuschrift wird beantwortet, an Chiffre 1227, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Welches lustige Berner Dirndl möchte mit mir **Hauden-Lukas** spielen? Jeder Schuss ein Treffer! Bildofferten unter Chiffre 1232, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

BE: Student, 25/186, sucht gleichgesinnten, hübschen, jungen Freund. Bildzuschriften bitte an Chiffre 1237, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student (Bern, 25/185) sucht reiselustiges Mädchen/copine (18–35), welches mit ihm im Frühling für ca. 2 Wochen irgendwohin verreisen möchte (GB? I? Polen? F? . . . .??) Chiffre 1240, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

BE: Ich, 24/187, schlank, Student (mit Bart), suche homophilen Freund zum Gernhaben, Bäume ausreissen und fürs Bett. Schreib mir, wenn möglich mit Photo, unter Chiffre 1239, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Raum Mittelland, **Bi-Mann, Akadem.,** 170, 33 alt, sucht Freund bis 35 Jahre für Freizeit. Evtl. Dauerfreundschaft. Chiffre 1336, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Biologe, 28, sucht Begleiterin für mehrjährigen Aufenthalt in einem fortschr. Entwicklungsland. Möglichst mit abgeschlossener Ausbildung (Gesundheitswesen). Brief u. Photo unter Chiffre 1335, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

FLOHMARKT

Wir suchen Leute für eine **Produktionskommune (in Zürich).** Wir versuchen neue Lebens- und Verkehrsformen zu finden, einen neuen Lebenszusammenhang im Kollektiv zu entwickeln. Wir möchten nicht nur eine Ess- und Schlafgemeinschaft sein, sondern versuchen, auch bei der Arbeit und in der Freizeit etwas zusammen zu machen. Auf der Ebene der Beziehungen wollen wir neue Wege gehen und eher versuchen, von der Zweierbeziehung weg zu offenen Beziehungen zu kommen; das sollte sich möglichst natürlich ergeben – ohne Zwänge und Druck von der Gruppe. Auch politisch möchten wir zusammen etwas machen; aber «Chefs» jeglicher Art wollen und sind wir nicht. Wir wollen einen kleinindustriellen Betrieb auf der Basis von Heimarbeit aufbauen – ein konkretes Projekt ist vorhanden. Tel. 937 38 36 oder Chiffre 1194 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

FKK in Südfrankreich. Ferienwohnung am herrlichen FKK-Strand von Agde zu vermieten. Unterlagen durch Postfach 136, 8035 Zürich.

Zum Inserieren einfach Talon ausfüllen (maximal 8 Zeilen) und einsenden an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich, und Betrag (Kontaktinserat inkl. Chiffregebühr: Fr. 15.–, Kleininserat: Fr. 12.–) auf Postscheckkonto 80–1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat ‹das konzept›» bzw. «Kleininserat ‹das konzept›» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Falls Platz nicht genügt, weiteren Talon ausfüllen und doppelten Betrag einzahlen. Ihr Inserat erscheint nach Ueberweisung des Betrages. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Text (der angegebene Rahmen darf nicht überschritten werden):

Kontaktinserat* (Fr. 15.–) Kleininserat* (Fr. 12.–) *Nichtzutr. streichen

Name und Adresse:

Ich schreibe mit **IBM-Executive**
Ihre Dissertation
druckfertig zu günstigem Preis.
Frau H. Vetterli
Tel. (01) 939 18 20

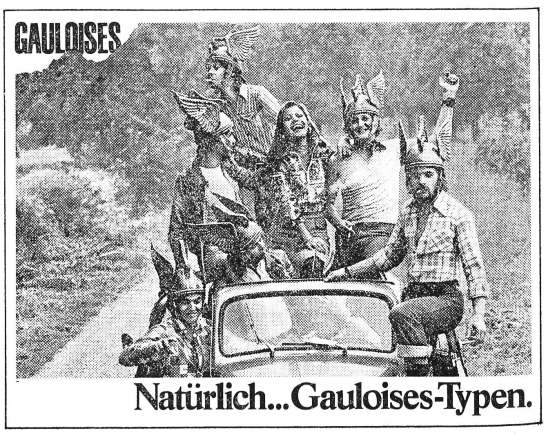
Psychologie

Boesch, Ernst E.
Psychopathologie des Alltags

Zur Ökopsychologie des Handelns und seiner Störungen. 1976. 525 Seiten, 9 Abbildungen, flexibler Einband. Fr. 29.—, Wissenschaftliches Taschenbuch

Die Psychopathologie des Alltags meint die Störungen des Handelns innerhalb unserer gewohnten Umweltbereiche. Ein erster Teil des Buches erläutert das Handeln als zielgerichtetes Verhalten und die Instanzen seiner Steuerung. Anschliessend werden die wichtigsten ökologischen Parameter des «Fantasmus» eingeführt. Diesen Darstellungen des alltäglichen Handelns folgt ein Kapitel über den Stress als der wichtigsten ökologischen Determinante von Handlungsstörungen. Der letzte Teil endlich betrachtet die affektiven Reaktionen auf Handlungsbehinderungen.

Verlag Hans Huber



Westliche Demokratie ungenügend

Revolution für Spanien

Wie sehen die fortschrittlichen Kräfte Spaniens das Ende der Diktatur? Was soll auf dieses Regime folgen? «das konzept» veröffentlichte im November 1975*) einen Beitrag, welcher einen friedlichen Weg zu einem demokratischen Spanien vorsieht. Unser neuer Beitrag untersucht und kritisiert diese Möglichkeiten einer demokratischen Öffnung Spaniens und folgert Veränderungen, die weit radikaler sind.

Am 27. 11. 75, dem Krönungstag von Juan Carlos, forderten 10 000 Demonstranten in Madrid, Barcelona und Santander Amnestie für die politischen Gefangenen. Gleichentags werden in La Coruña und Santander 34 Personen verhaftet, weil sie Flugblätter verteilt hatten. Weitere 24 Personen führte die Polizei aus der Universität Zaragoza ab.

Seit dem Amtsantritt von Juan Carlos werden aber die Maschinenpistolen, die die Polizei mitführt, nicht mehr unmittelbar zur Auflösung von Demonstrationen eingesetzt. Im Zeichen einer demokratischen Öffnung verwendet man Wasser und Tränengas. Was jedoch passiert, wenn 100 000 Personen demonstrieren werden, ist nicht klar.

Wo die Polizei weniger brutal auftritt, übernehmen rechtsextreme Gruppen wie das *GAS* (autonome gewerkschaftliche Aktion) die Verantwortung für Ruhe und Ordnung, indem sie Buchläden sprengen oder das Feuer auf Demonstranten eröffnen (im vergangenen Dezember wurden dabei ein Professor und ein Student verletzt). Den 2000 politischen Gefangenen drohen sie mit Ermordung.

Die Tendenzen der Polizei, welche mit den Rechtsextremen sympathisieren und in ihrem eigenen Überlebensinteresse Selbstjustiz gegen Oppositionelle ausüben, hat Regierungsminister Fraga Iribarne am 20. Dezember kritisiert und verurteilt, ohne allerdings diese Leute an ihrem Tun hindern zu können.

Weihnachten ist vorüber, ohne dass die von vielen erhoffte Amnestie für politische Gefangene erfolgt wäre. Kurz, von demokratischer Öffnung ist nichts wahrzunehmen. Wie hatte Franco doch gesagt: *«Wenn ich einmal nicht mehr da bin, ist alles gut angebunden.»*

Die spanische Opposition

Die Christdemokraten, die Sozialisten und die Kommunisten bilden die drei grössten spanischen Oppositionsparteien. Sie gründeten zwei getrennte politische Dachorganisationen:

- **Convergencia Democratica** (dazu gehören neben anderen:)
  Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) (Felipe Gonzales als Parteichef)
  Linksliberale Christdemokraten (Ruis Jimenez)
- **Junta Democratica**
  Spanische Kommunistische Partei (KPE) (Santiago Carillo)
  Liberale Monarchisten (Rafael Calvo Serer)

Neben der Junta und der Convergencia gibt es weitere, linksextreme Opposition:
ORT: Organización revolucionaria del trabajo (maoistisch).
MCE: Movimiento communisto de España (maoistisch).
FRAP: militante Massenorganisation der «offiziellen» maoistischen Partei Spaniens, PCML.
ETA V: Euzkadi ta askatasuna (Baskenland und Freiheit). Nationale Befreiungsorganisation des Baskenlandes mit einer mehr militaristischen und einer mehr politisch tätigen Fraktion.
LCR/ETA VI: spanische Organisation der trotzkistischen Internationale, gebildet aus der Liga communista revolucionaria und einer Spaltgruppe der ETA.
Daneben gibt es über dreissig lokale Organisationen der extremen Linken in Spanien.

Seit den Ereignissen in Portugal ist das Grossbürgertum mit Demokratieplänen vorsichtiger geworden. Die Initiative der EG, Spanien so bald wie möglich zu integrieren, hat die Absicht, den Übergang zur Demokratie ohne «Experimente» zu garantieren. Der französische Staatspräsident *Giscard d'Estaing*, selbst ein Kind des Grossbürgertums, soll täglich mit König *Juan Carlos* telefonieren. Da Giscard selbst mit einer kämpferischen Arbeiterschaft konfrontiert ist, sind seine Erfahrungen sicher wertvoll.

Formale oder sozialistische Demokratie?

Die beiden Oppositionsbewegungen, angeführt von KPE (Kommunistische Partei) und PSOE (Sozialistische Partei) (siehe Kasten), streben eine Demokratie nach europäischem Muster an.

So sieht das Programm der Junta Democratica vor.

«1. . . . den Männern und Frauen dieses Landes über 18 Jahren die volle und ganze Staatsbürgerschaft zu geben . . .
3. die Legalisierung aller politischen Parteien ohne Ausnahme.
4. die gewerkschaftliche Freiheit . . .
5. Streik-, Versammlungs- und Demonstrationsrecht.
6. Pressefreiheit»

usw. (vgl. auch den Artikel in Nr. 11/75).

Diesen beiden Oppositionsbewegungen wird in der internationalen Presse breiter Raum gewährt, da es für das spanische Grossbürgertum nicht unwesentlich ist zu erfahren, dass Junta und Convergencia Zusammenarbeit aller Gruppierungen vorschlagen. Alle Oppositionsorganisationen lehnen aber die Regierung von König Juan Carlos ab.

Während noch keine Anzeichen vorhanden sind, welche die bürgerliche Demokratie als reale Perspektive erscheinen lassen, hat die revolutionäre Strategie für ein sozialistisches Spanien der LCR-ETA VI im Baskenland erste praktische Resultate gezeitigt.

So hat es seit Dezember 1974 im Baskenland 5 Generalstreiks gegeben, an denen jedes Mal 100 000–200 000 Arbeiter beteiligt waren. Jedesmal waren mit wirtschaftlichen Forderungen (z. B. 40-Stunden-Woche) auch politische Forderungen wie Versammlungsfreiheit, Recht auf freie Meinungsäusserung verbunden. Der Generalstreik vom 27./28. August 1975 und vom 11./12. September richtete sich gegen Prozess und Verurteilung von *Garmendia* und *Otaegui*, beides baskische Freiheitskämpfer. Nach dem Mord an 5 politischen Aktivisten Ende September traten die Basken erneut in einen allgemeinen Ausstand. Nicht nur Arbeiter, sondern auch Studenten, Kleinhändler und Quartierbewohner unterstützten diese Aktionen.

Organisiert wurden diese Bewegungen von lokalen und zentralen Streikkomitees. Alle Generalstreikaktionen dauerten allerdings kaum mehr als 48 Stunden. Obwohl auch in anderen Provinzen die Streikbewegung wächst – Anfang Juni 1975 streikten 100 000 Bauarbeiter in Barcelona, im Januar 1976 die Madrider Angestellten der Metro –, fehlt bisher die Solidarisierung in ganz Spanien.

Um den Sturz der franquistischen Diktatur ohne Franco zu ermöglichen, müssen schwierige Probleme gelöst werden: den Generalstreik längere Zeit durchhalten, die Selbstverteidigung gegen die Repression garantieren, Ausdehnung auf ganz Spanien, um in eine Konfrontation des gesamten Volkes mit der franquistischen Diktatur auszumünden. Der Generalstreik soll die Diktatur lähmen und gleichzeitig ermöglichen, die Elemente einer proletarischen Demokratie entstehen zu lassen. *A. Streit*

1) Wird vor allem durch folgende Banken repräsentiert, welche Finanzgeschäfte monopolisieren und weite Teile der spanischen Industrie beherrschen: Banco español de Crédito, Banco Hispano Americano, Banco Urquijo, Banco Central, Banco de Vizcaya, Banco de Bilbao, Banco de Santander, Banco Popular Español, Banco Atlantico
2) Le Monde vom 21./22. 12. 75

*) Diese Nummer 11/75 kann gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion, Rämistr. 66, 8001 Zürich, bezogen werden.

Studenten in der AIESEC

Manager der Völkerverständigung?

Sie verkehren mit Managern und Personalchefs kleinerer und grosser Unternehmen. Ihre Sprache ist auch die des modernen Managements: kurz und häufig Englisch. Sie fliegen an Kongresse, bisweilen nach Übersee. Wer? – Die Studenten von der AIESEC (Association Internationale des Etudiants en Sciences Economiques et Commerciales). Ist die AIESEC tatsächlich unkritisch, der verlängerte Arm des Unternehmertums oder gar ein Übungsfeld fürs Möchte-Gern-Jet-Set, wie ihr oft nachgesagt wird? Wir haben das Zürcher Lokalkomitee gebeten, die Organisation und deren Aktivitäten unseren Lesern kurz vorzustellen. Red.

Jährlich reisen rund 150 Ökonomiestudentinnen und -studenten aus der Schweiz mit AIESEC ins Ausland, ebenso viele kommen aus aller Welt in die Schweiz, um ein Praktikum zu absolvieren. Den einen hat bloss das Fernweh gepackt, ein anderer versucht seine trokkene Managementausbildung an einer praktischen Arbeit anzuwenden, einige wollen internationale Kontakte anknüpfen oder Land und Leute kennenlernen. Alle diese Möglichkeiten bietet die AIESEC. Und doch hat sie bei manchen Studenten einen schlechten Ruf. Vielleicht, weil es bei AIESEC auch Leute gibt, die bloss lernen wollen, eine Sache zu managen, zu verkaufen, wie sie dies später mit Caramels, Maschinen oder Kaffee tun werden. Aber AIESEC will nicht nur eine ganz bestimmte Zielgruppe ansprechen, sondern das ganze politische Spektrum.

AIESEC wurde aus der Nie-wieder-Krieg-Idee heraus geboren und ist dem Gedanken der Internationalität und der Völkerverständigung noch heute verpflichtet. Dieser Grundsatz setzt auch auf nationaler Ebene grosse Toleranz voraus. Auf internationaler Ebene wäre es undenkbar, ohne gutfunktionierende Organisation, gerade in Zeiten der Krise und verschärfter Ausländerbestimmungen, interessante Praktikumsstellen zu erhalten und damit der Leitidee von AIESEC zu dienen.

AIESEC versteht sich nicht als politische Organisation. Dennoch befinden sich unter den rund 60 ehrenamtlichen Mitarbeitern der AIESEC Schweiz Leute mit den verschiedensten politischen Ansichten. Jeder davon hat sich aus den vielfältigen Zielen von AIESEC seine eigenen herausgehoben und in den Vordergrund gerückt, für alle aber dürften wohl die internationalen und lokalen Kontakte von grösster Wichtigkeit sein; die internationalen deshalb, weil sie neue Impulse geben und die Möglichkeiten bieten, die Probleme anderer Völker und Staaten insbesondere auch der «dritten Welt» zu verstehen, die lokalen Kontakte, weil sie die Möglichkeit geben, sich aus der Masse der Ökonomiestudenten einige gute Freunde zu schaffen.

AIESEC ist ein Phänomen, indem es gelungen ist, eine Organisationsform zu finden, die mit freiwilligen Helfern, welche meist nur rund ein bis zwei Jahre dabei sind, die täglichen, oftmals bürokratischen Aufgaben des Austausches beinahe professionell zu erfüllen, ohne dabei die übergeordneten Zielsetzungen zu vergessen. Gerade deshalb aber sind diese Ziele auch nicht starr und festgefügt. Dies hat die in den letzten zwei Jahren in der AIESEC-Schweiz geführte, intensive Zielsetzungsdiskussion gezeigt. Dabei ist es klar, dass in einer Organisation, in der ein so breites Spektrum von Leuten aktiv am Zielfindungsprozess beteiligt ist, mitunter heftige Auseinandersetzungen stattfinden. Noch immer aber ist es AIESEC gelungen, daraus positive Aspekte herauszulösen und zu realisieren.

AIESEC besitzt in Basel, Bern, Fribourg, Genf, Lausanne, St. Gallen und Zürich Lokalkomitees. In all diesen Büros ist sicher jemand, der gerne weitere Auskünfte über AIESEC, über Praktika oder eine aktive Mitarbeit in einem Lokalkomitee gibt.

AIESEC-Team

«das konzept» – ein Blatt, das kein Blatt vor den Mund nimmt. Und auch kein Brett vor dem Kopf hat!

Zu einer brisanten Studie um das Berufsbild des Wirtschaftswissenschafters

Das böse Erwachen

Wohl jeder Student, der nicht dank einem wohlhabenden Vater oder Onkel im Rücken in der Lage ist, seine berufliche Zukunft abzusichern, hegt während seiner Ausbildung Illusionen bezüglich seiner späteren Tätigkeit – sofern er sich darüber überhaupt Gedanken macht; Wirtschafts- und Sozialwissenschafter scheinen daran besonders zu kranken. Die berufliche Realität bietet nur in den seltensten Fällen die suggerierten Entscheidungsspielräume, das Akademikerprestige, die rasante Karriere oder gar die neuerdings geforderte «Selbstverwirklichung» im Beruf (was immer das heissen mag). Der Zusammenhang mit bildungspolitischen Zuständen und Vorgängen lässt sich so umreissen: Wo Dozenten Macht verkörpern, wird der Student vermuten, auch ihm werde später solche Macht zuteil – wo Wissen (und zwar grösstenteils überholtes Wissen) in didaktischen Aufmachungen wie etwa Unternehmensspielen oder Case-Studies vermittelt wird, liegt nichts näher als die Annahme, auch später würden vergleichbare Freiräume zur Verfügung stehen. Der Graben, der zwischen Berufserwartung und Berufsrealität klafft, ist auch ein Spiegel bildungspolitischen Ungenügens. Dies ist für den VSS der zentrale Anlass, sich mit dieser Publikation* zu befassen. Für die hier abgedruckte Zusammenfassung seiner wichtigsten Ergebnisse sind wir dem Autor zu Dank verpflichtet. VSS-Vorstand

Die vorliegende explorative Studie versucht, die zukünftigen Arbeitsbedingungen von Studenten der Wirtschaftswissenschaften ohne realitätsfremde und mit arbeitsanspornenden Lockmitteln garnierte Beschönigungen aufzuhellen. Der Übertritt von der Ausbildung in die Praxis ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Das bestätigen weitgehend 600 ehemalige Basler, Berner, St.-Galler und Zürcher Studenten der Abschlussjahrgänge 1947–1970. Diese geben, zusammen mit diversen Praktikern als Interviewpartner und 19 der grössten schweizerischen Arbeitgeber verschiedener Branchen, Auskunft über die berufliche Welt, in die der wirtschaftswissenschaftliche Absolvent nach seinem Studium einzutreten hat. Anhand von gleichzeitig erfassten Persönlichkeitsmerkmalen konnten zudem individuelle Daten, die den Anstellungsentscheid des Personalchefs beeinflussen, eruiert werden.

Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

Sprengstoff aus «Berufserwartungen – Berufsrealität»

Erachten Sie die Hochschulausbildung als eine genügende Vorbereitung auf die Aufgaben, die Sie in Ihrer jetzigen Tätigkeit erfüllen müssen?

Ja	181	33,6%
Bedingt	280	52,0%
Nein	74	13,7%
keine Antwort	4	0,7%
Total	539	100,0%

Ein neues Portugal?

Die reformwilligste Fraktion des Bürgertums, das Finanz- und Industriebürgertum (1), strebt eine Integration in die Europäische Gemeinschaft (EG) an. Diesem Projekt widersetzen sich die Grossgrundbesitzer, da sie von der EG nichts erwarten können. Die Rechtsextremisten um *Blas Pinar* und *José Antonio Giron*, die die Ermordung der fünf politischen Aktivisten Ende September durchsetzten, engen den Spielraum von Regierungsminister Fraga Iribarne entscheidend ein. Und als Aussenminister *Areilza* anlässlich der Nord-Süd-Konferenz in Paris erklärte, der Chef der Kommunistischen Partei (KPE), *Carillo*, sei ein gewöhnlicher Bürger, der seiner politischen Überzeugung wegen nicht diskriminiert werden sollte, entfaltete sich ein riesiges Kesseltreiben in den Cortes (span. Ständeparlament) und in der Presse gegen Areilza. Die rechtsextreme Zeitung *«El Alcazar»* verglich Carillo und Areilza und hielt fest: *«Der eine wie der andere helfen den übernationalen Kräften. Die kapitalistische und die kommunistische Welt geben sich die Hand»* (2).

Der Einstieg: nicht für alle gleich!

Es zeigen sich bereits bei der Stufe des Einstiegs erhebliche Unterschiede nach diversen Merkmalen: So befinden sich die *Frauen* auch hier bereits zu Beginn ihrer praktischen Tätigkeit in einer bedeutend ungünstigeren Ausgangsposition. Auch das *Alter* spielt eine Rolle: Junge Absolventen beginnen weiter unten als die zumeist mit praktischer Erfahrung ausgewiesenen älteren Kollegen.

Von bestimmten Universitätsangehörigen bevorzugte Fachbereiche (z. B. Basel: Chemie) und Abschlussalter sind dafür verantwortlich, dass auch hochschulmässige Unterschiede bestehen. Ein Praktikum wird hingegen erst honoriert, wenn es mehr als zwei Jahre gedauert hat. Eher widerwillig werden Hochschulassistenten von der Praxis höher eingestuft – das gleiche gilt für die Post-Graduate-Absolventen. Sie müssen überbezahlt werden, bringen aber keine praktische Erfahrung mit. Grosse kategorien- und branchenmässige Unterschiede bestehen jedoch bezüglich der Stufe des Einstiegs: Bei den Versicherungen und den Banken muss zuerst eine zwei bis drei Jahre dauernde Ausbildungszeit durchlaufen werden. Mehr Wert besitzt das Abschlussexamen in der Industrie und in der öffentlichen Verwaltung, besonders aber in der Sparte Unternehmensberatung und Treuhand, hier aber erkauft durch schlechtere Bezahlung und sehr hohe Anforderungen. In kleinen Unternehmen hat man von allem Anfang an mehr zu sagen; die Inhaber eines Doktortitels sind wegen der Abfassung der Dissertation häufig in der ersten Anstellung nach dem Lizentiatsabschluss benachteiligt. Keine Unterschiede ergeben sich bezüglich der sozialen Herkunft; die Mobilitätsprobleme beziehen sich offensichtlich auf die Studium*ergreifung*.

Das Lizentiat ist noch kein Ausweis!

Die berufliche Sozialisation dürfte bei den Absolventen, die bei der Vermittlung der Position auf verwandtschaftliche Hilfe zählen können, am reibungslosesten vor sich gehen. Für die anderen beginnt die praktische Tätigkeit auch gleich mit einer wichtigen *Bewährungsprobe*.

Die Prüfverfahren, denen ein Stellenkandidat unterzogen wird, sind weniger oberflächlich als das nur wenige und für die praktische Tätigkeit relativ unwichtige Fähigkeiten prüfende Lizentiat. Die Studienrichtung (ca. 64% der Volkswirte müssen damit rechnen, dass sie betriebswirtschaftliche Aufgaben übernehmen müssen), die Lizentiatsnote, die Hochschule, der Titel, ein Post-Graduate-Studium, ja ein Hochschulstudium überhaupt treten neben diesen Evaluationsverfahren in den Hintergrund. Nicht zuletzt dienen sie auch dazu, «Radikale» von vornherein auszuscheiden.

Vom Freiraum zum Terminkalender

Das Schwergewicht der Schwierigkeiten beim Übergang in die praktische Tätigkeit liegt weniger in Problemen intellektueller Art. Die grossen Klippen bestehen im «emotionellen Bereich» und in der Anwendung des Gelernten auf praktische Probleme. Es gehören dazu vor allem:

– Die *Umstellung der Denk- und Sprechweise* (Problemlösung, nicht -analyse, mikroökonomisches Denken, Unternehmermoral usw.).
– *Verlust der Freiheit* und physischer und psychischer *Stress* (Leistungspriorität, Termindruck, Klima usw.).
– *Integrationsdruck*, Zwang zur Weiterbildung usw.
– *Kooperationsschwierigkeiten* mit den Alteingesessenen.
– Das *Umsetzen der Theorie in die Praxis* (Transferprobleme).
– Der *Standesdünkel* des Akademikers (zu hohe Erwartungen, «Lehrlingsarbeit»), minderwertige Arbeit, Selbstüberschätzung, Grössenwahn usw.)

Die Probleme dürften sich mit der allgemeinen Rezessionslage eher noch verschärft haben, mangelt es doch heute vor allem an «guten» Stellen in der Praxis. Die vorliegende Studie soll ein Beitrag sein zur Milderung des Informationsnotstandes unter den Studenten.

Thomas Koch,
Delegierter des VSS in der Schweizerischen Hochschulkonferenz

* Thomas Koch: *Berufserwartungen – Berufsrealität, eine Studie um das Berufsbild des Wirtschaftswissenschafters in der deutschen Schweiz. 1. Teil: Der Übertritt von der Hochschule in die Praxis. Subjektive und objektive Sozialisationsbedingungen.»* 231 Seiten, 39 Tabellen und Figuren. Verlag: Betriebswirtschaftliches Institut der Universität Bern, Länggassstrasse 27, 3012 Bern. 23.50 Fr.; für Studenten 14 Fr. (ausschliesslich bei den stud. Vertriebsorganisationen). Verkauf: Läden der Studentenschaften oder direkt beim Verlag.

Wenn nein: Sie sind der typische «konzept»-Leser. Sie sind nur noch nicht Abonnent, weil Sie bisher zu faul waren, den Abonniertalon auszufüllen. Nachholen!

Wenn ja: Sie hätten ein wenig mehr «konzept»-Lektüre bitter nötig. Abonnieren Sie «das konzept», auch für Sie ist es nie zu spät . . .

«das konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. ***Für Schüler und Lehrlinge unter 20 30% Rabatt*** *(Ausweiskopie beilegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.*

☐ *Febr. bis Dez. 76 für 15 Fr.* ☐ *Zum Schülerpreis von 10 Fr. (Ausweiskopie beilegen!)*
☐ *zusammen mit dem «zürcher studenten» (Februar 76 bis Februar 77 für 24 Fr.)*
☐ *und unterstütze es gleich noch und zahle den doppelten Betrag* *(zutreffende Felder ankreuzen)*

Name, Vorname:

Adresse mit PLZ:

Beruf: *Datum:*

Talon einsenden an: ***«das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich***

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten/durch Zusendung*/als Probenummer*/am Kiosk*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort*:*
Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n):
(Zutreffendes unterstreichen)*

dk 76/1'

1. Jahrgang WDW Nr. 15.1.017.74

Auflage 240 000

Tages-Anzeiger

Geschäftssitz: Zürich 4, Werdstrasse 21
Briefe: Postfach, 8021 Zürich
Verlag Abonnements, Inserate 01/39 30 30, Telex 56 188
Aufgabe von Kleininseraten 01/39 40 40, Telex 56 188
Redaktion 01/39 50 50, Telex 54 163

Wir haben vielen vieles zu sagen.

Auslandpreise: Lit. 200, DM -.90, Pts 30
Abonnementspreise auf Seite 18
Grundpreis für Inserate: Der 1sp. mm (27) Fr. 1.23
Stellen (36) Fr. 2.01, Reklamen (57) Fr. 5.13
(Ausland 1.71/2.75/7.44) Rabatte gemäss Tarif

Max Frisch liest den Tages-Anzeiger. Sucht er einen Gebrauchtwagen?

In einem Brief, den Max Frisch uns geschrieben hat, fand er lobende Worte für das Magazin, das jeden Samstag dem Tages-Anzeiger beiliegt. Es erfülle sowohl in der Wahl der Themen wie in der Schreibweise die zentrale Aufgabe einer Zeitung, nämlich kritische Aufklärung. Das hört man gern.

Aber weil das Magazin eine Beilage des Tages-Anzeigers ist, nehmen wir an, dass Max Frisch manchmal auch einen Blick aufs Weltgeschehen werfen will oder auf die Ereignisse in der Schweiz und in Zürich. Oder dass er wissen will, um wieviel Uhr der neue Fellini beginnt und wann der neue Dürrenmatt gespielt wird. Kein Mensch lebt nur zwischen zwei Buchdeckeln.

Kurz, wir meinen, der Tages-Anzeiger sei eine Zeitung, die einem Intellektuellen gute Dienste leistet. Vor allem auch, weil sie nur dort intellektuell ist, wo es am Platz ist, und nicht dort, wo es einen Tatbestand unnötig kompliziert. Und weil sie kein Parteiblatt ist, sondern auch gegensätzliche Meinungen zum Wort kommen lässt.

Zum Zeichen dafür, dass uns an Studenten, die den Tages-Anzeiger lesen, viel liegt, bekommen Sie ihn 30% billiger. Mit dem gesparten Geld kaufen Sie sich vielleicht ein Buch von Frisch, der so nett war, uns das Briefzitat zu erlauben.

Coupon

Ich möchte es Max Frisch gleichtun und den Tages-Anzeiger lesen.

☐ *Vorerst 2 Wochen gratis zur Probe.*

☐ *2 Wochen gratis und nachher im Abonnement mit 30% Rabatt.*

Ich wähle folgende Zahlungsart (die 30% Studentenrabatt sind bereits abgezogen):

☐ *Fr. 5.85 für 1 Monat* ☐ *Fr. 33.40 für 6 Monate*

☐ *Fr. 16.85 für 3 Monate* ☐ *Fr. 66.05 für 1 Jahr*

Name: _____

Fakultät: _____ *Semester:* _____

Strasse: _____

Plz., Ort: _____

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung